

AUFBRUCH FÜR NRW

BESCHLÜSSE DER 9. ORDENTLICHEN
LANDESKONFERENZ DES JUSO-
LANDESVERBANDES NRW

4. – 5. SEPTEMBER 2010 IN BIELEFELD

ÜBERSICHT DER BESCHLÜSSE

Übersicht der Beschlüsse	2
ARBEITSPROGRAMM	5
A 1 Aufbruch für NRW - Solidarisch, sozial, gerecht, modern	7
BILDUNG	19
B 2 Freies, individuelles Lernen - auch in der Oberstufe	21
B 3 Alle Möglichkeiten zur schnellstmöglichen Abschaffung von Studiengebühren prüfen!	22
B 5 BAföG erhöhen, Elite-Stipendien abschaffen, Klientelpolitik beenden!	23
B 7 Lehramtsausbildung anpassen!	24
B 8 Referendariat ohne (Zulassungs-)Beschränkung – Bildungssackgassen verhindern!	26
FREIHEITSRECHTE / DIGITALES LEBEN	27
F 1 Novelle des Jugendmedienschutz-Staatsvertrages ablehnen!	29
F 2 EU-Daten zurück in die Hände der EU-BürgerInnen!	30
F 3 Die Volkszählung 2011 ist verfassungswidrig und in dieser Form abzulehnen	31
F 4 Kennzeichnungspflicht für PolizistInnen	33
INITIATIVANTRÄGE	35
I 1 Auszubildende müssen Anspruch auf Bildungsurlaub haben!	36
I 2 Kein Fussbreit den Rassisten – Sarrazin muss gehen!	37
I 3 Am Kohle-Konsens festhalten! Kein vorzeitiger Ausstieg aus der Steinkohlesubventionierung!	38
I 4 Anforderungen der NRW Jusos für eine soziale und gerechte Politik in NRW	39
I 5 Landeskonzferenz	41

MIGRATION / INTEGRATION / ANTIDISKRIMINIERUNG	43
M 1 Gesinnungstest endlich abschaffen!	45
M 3 Ende mit der Kettenduldung	46
M 4 Finanzierung Beratungsstellen gegen Rechtsextremismus	47
M 5 Breiten Beschluss zu Wahlrecht für Nicht-EU-Bürgerinnen und Nicht-EU-Bürger in NRW fassen	48
NACHHALTIGE WIRTSCHAFTSPOLITIK	49
N 1 Nachhaltige Wirtschaftspolitik	51
N 3 Keine Atomindustrie im Westmünsterland	53
ORGANISATIONSPOLITIK	55
O 2 Gegen den Papierwust auf Landeskonferenzen	57
O 4 Unvereinbarkeit von den „Ülkücü“ und SPD endlich feststellen	58
SOZIALSTAAT / ARBEITSMARKTPOLITIK	59
S 1 Für einen gerechten Zugang zum Arbeitsmarkt – für anonymisierte Bewerbungen	61
S3 / S5 Generation Praktikum – endlich Handeln!	63
S 6 Zeitarbeit gerechter entlohnen – Risikozuschlag für Zeitarbeit	66
S 7 Ehegattensplitting abschaffen, Ehen und eingetragene Lebenspartnerschaften gerecht besteuern	67
S 11 Solidarität mit der Gewerkschaftsjugend	68
WEITERE ANTRÄGE	69
W 1 Neue Struktur für den ÖPNV in NRW	71
W 2 Klassenloses Bahnfahren	73
W 3 Prävention statt Führungszeugnisse	74

ARBEITSPROGRAMM

A 1 Aufbruch für NRW - Solidarisch, sozial, gerecht, modern

7

A 1

AUFBRUCH FÜR NRW - SOLIDARISCH, SOZIAL, GERECHT, MODERN

LANDESARBEITSPROGRAMM DER NRW JUSOS 2010 - 2012

Jetzt ist die Zeit des Aufbruchs in Nordrhein-Westfalen. Die soziale Kälte wird verschwinden. Wir haben Rückenwind, der uns tragen kann. Vieles kann und wird sich verbessern, wenn wir unser Bundesland mitgestalten. Freiheit, Gleichheit und Solidarität müssen die Lebensrealität jedes einzelnen Menschen in NRW bestimmen. Wir wollen den Menschen wieder das Vertrauen in eine bessere Zukunft geben. Gerade die junge Generation vermisst diese Sicherheit momentan. Wir werden solidarisch und gemeinsam Stück für Stück ein Netz des Zusammenhaltes, der Toleranz und des gegenseitigen Verständnisses mit den Menschen in NRW knüpfen.

Die Situation der Menschen in NRW hat sich in den letzten Jahren massiv verschlechtert. Schwarz-Gelb hat viele Bildungshürden eingezogen und sozialen sowie ökologischen Kahlschlag betrieben. Eine Politik der Spaltung, Ausgrenzung und Entsolidarisierung hat zu einem hohen Leidensdruck und einem Verlust an Vertrauen in die Politik und den Menschen untereinander geführt. Die Wirtschafts- und Finanzkrise tat ihr übriges, ebenso wie die Klientelpolitik für BankerInnen und Hoteliers, die den Glauben an die Politik noch tiefer erschütterte.

Fünf Jahre miserable Regierungspolitik von Schwarz-Gelb liegen hinter uns. Auch in den Jahren davor war die Politik, an der auch die NRWSPD in der Regierung beteiligt war, leider nicht mehr so progressiv, wie es wünschenswert gewesen wäre. Zudem wurden auch Fehler begangen, wofür die damalige Landesregierung schließlich abgestraft wurde. Doch wir haben daraus gelernt, haben uns neu aufgestellt und wollen jetzt den politischen Aufbruch für Nordrhein-Westfalen maßgeblich vorantreiben.

1. WO WIR STEHEN UND WAS WIR WOLLEN

Wir haben die Oppositionszeit genutzt, haben uns selbst zu ExpertInnen auf vielen Gebieten gemacht und die Mutterpartei zunehmend inhaltlich überzeugt. Zuletzt haben wir im Endspurt vor der Landtagswahl wichtige Inhalte im Wahlprogramm der NRWSPD verankert. Mit unserer Kampagne zur Landtagswahl haben wir bewiesen, dass wir stärker werden und zu Recht einen Gestaltungsanspruch anmelden. Dass das Ergebnis der NRWSPD bei den Landtagswahlen nicht schlechter ausgefallen ist und so die Koalition mit den Grünen ermöglicht wurde, können wir uns zu einem guten Prozentsatz auf die Fahnen schreiben.

Der Maßstab unserer Politik und unsere Erwartungen an eine von der NRWSPD geführte Regierung ergeben sich aus unserem Programm „NRW VON MORGEN“. Hierauf berufen wir uns auch weiterhin, oder vielmehr an diesen Zielen müssen wir uns, aber auch Regierung und Partei messen lassen. So sind all diese Inhalte unseres einstimmigen Beschlusses auch weiterhin für uns Messlatte unserer Politik. Doch das alleine würde keine positive Weiterentwicklung unserer Politik bedeuten und unseren Anspruch an Gestaltung und progressiver Beeinflussung der Partei nur teilweise erfüllen. Deshalb wollen wir uns in den nächsten zwei Jahren verstärkt der Bildungsarbeit widmen und unsere Positionen und Kenntnisse weiterentwickeln. An uns darf und wird bei neuen Themen auf der politischen Agenda kein Weg vorbei führen, vielmehr wollen wir Themen

landesweit setzen. Aus diesem Grund beschäftigen wir uns im Kern dieses Programmes mit den Arbeitsfeldern und Themen, zu denen wir Positionen entwickeln wollen, ohne dabei auf die bisher entwickelten Inhalte zu verzichten.

Nach fünf Jahren sind wir wieder Regierungsjugend. Das bedeutet für uns aber nicht, dass wir unkritisch und staatstragend Entscheidungen unreflektiert mittragen. Vielmehr wollen wir weiterhin und verstärkt Sprachrohr für viele verschiedene junge Menschen in Nordrhein-Westfalen sein. Das bedeutet gute Initiativen zu unterstützen, aber vor allem laut zu formulieren, was unsere Generation will. So werden wir die NRWSPD und die anderen Parteien ständig an die Bedürfnisse der jungen Menschen in NRW erinnern und für eine kritische Begleitung der Landespolitik sorgen. Viele von uns haben jetzt zum ersten Mal die Möglichkeit, ihre Politikvorstellungen nicht an eine abstrakte politische Landschaft und eine opponierende SPD zu richten, sondern an eine NRWSPD in Regierungsverantwortung. Wir werden das nutzen. Nach wie vor gilt, dass die SPD sich erneuern muss, wie bereits direkt nach der Bundestagswahl vom Juso-Bundesvorstand gefordert wurde.

Knapp ein Jahr danach müssen wir jedoch feststellen, dass die Erneuerung der SPD nicht weit gekommen ist. Gerade vor dem Hintergrund, dass wir Jusos uns als Motor der Erneuerung begreifen, müssen auch wir über unsere eigene Erneuerung nachdenken.

Daher werden wir uns neben der inhaltlichen Erneuerung im Rahmen der Arbeitskreise in den kommenden zwei Jahren auch mit der Erneuerung unserer eigenen Strukturen befassen, um attraktiver für junge Menschen zu werden.

2. WIE WIR UNSERE ZIELE ERREICHEN

Wir werden die Sichtbarkeit der NRW Jusos in der Partei weiter erhöhen. Unser Ziel ist es, dass die Beschlüsse der Partei immer in enger Abstimmung und Zusammenarbeit mit uns entstehen. Auch in der Öffentlichkeit und in anderen Organisationen wollen wir noch stärker wahrgenommen werden. Wir erheben den politischen Führungsanspruch unter den parteipolitischen Jugendverbänden in NRW. Wir finden klare Worte und vertreten konkrete Ziele. Zur Realisierung dieser Vorstellungen geben wir uns Leitlinien, die sich durch unsere gesamte Arbeit ziehen.

Landespolitischer Bezug

Wir wollen vor allem die Landespolitik in den Fokus rücken und in unserem Sinne beeinflussen. Deshalb werden wir mit all unserem Handeln und unseren Inhalten einen landespolitischen Bezug herstellen. Für ein großes Bundesland wie NRW spielen alle Politikfelder eine Rolle. Wir werden Entscheidungsprozesse enger begleiten, unsere Kontakte und den Informationsaustausch mit der NRWSPD erhöhen und die Regierungspolitik genau verfolgen. In den Arbeitskreisen, die wir einrichten werden, werden wir die Arbeit der Landespolitik spiegeln. Das bedeutet für uns, dass die Arbeitskreise die konkrete Arbeit der ihnen thematisch zugeordneten Ministerien und Landtagsausschüsse genau beobachten.

Bildungsarbeit

Bildungsarbeit begreifen wir als eine Hauptaufgabe des Verbandes. Nachdem wir viele Wahlkämpfe bestritten haben, wird es Zeit wieder verstärkt inhaltliche Positionierungen, aber auch Methoden zu vermitteln. Dabei wird unsere Kampagnenfähigkeit aber dennoch erhalten bleiben. Im Laufe der letzten beiden Jahre haben wir besonders über unsere Kampagnen- und Wahlkampfarbeit viele neue Mitglieder gewonnen. Diese müssen nun bei ihren ersten Schritten im Verband begleitet und in den Verband integriert werden. Wir wollen neuen Mitgliedern attraktive Angebote zum Mitmachen anbieten. Bildungsarbeit ist der Schlüssel, mit dem neue Mitglieder nicht nur den Einstieg in aktuellen Debatten und Fragen bekommen können, sondern auch Geschichte, Hintergründe und Strukturen des Verbandes kennen lernen können.

Doppelstrategie

Das Thema Doppelstrategie müssen wir vertiefen und weiterdenken. Wir wollen uns an Demonstrationen beteiligen, aber auch die Bündnisarbeit intensivieren. So definieren alle Arbeitskreise für sich Kooperationen mit Einzelpersonen und Organisationen, mit denen vor allem der jeweilige AK

Berührungspunkte hat. Wir laden außerdem alle Jugendorganisationen, die unsere Werte teilen, ein, mit uns gemeinsam politisch zusammenzuarbeiten. Darüber hinaus gibt es aber Kooperationen, die für den Gesamtverband und zudem in den meisten Arbeitskreisen von Bedeutung sind. Das sind vor allen Dingen die Gewerkschaftsjugend und deren Mutterorganisationen, zu denen wir engen Kontakt pflegen wollen. Im Bereich der parteipolitischen Kooperation ist der direkte und intensive Kontakt zur GRÜNEN JUGEND NRW wichtig, da wir gemeinsam auf die Koalition einwirken müssen. Aber auch die innerparteiliche Zusammenarbeit darf nicht zu kurz kommen. Hier wollen wir vor allem mit der ASF, der AfA, der AG 60 plus und den Schwusos zusammenarbeiten. Auch die intensive gemeinsame Arbeit mit den Projektgruppen, den Juso-SchülerInnen und den Juso-Hochschulgruppen wollen wir erhalten.

Zudem wollen wir mehr in sich abgeschlossene Projekte für Jusos, lokale und überregionale Organisationen und auch junge Menschen, die sich nicht parteipolitisch betätigen, anbieten. Ohne die Gliederungen vor Ort kann dies nicht gelingen. Deswegen wird der Landesverband unter Zuhilfenahme der Expertise der Gliederungen, für die Jusos vor Ort Materialien anbieten (bspw. Leitfäden, Seminare) und aufzeigen, wie erfolgreiche Projekte aussehen könnten. Dies dient als freiwilliges Angebot. Sollte davon Gebrauch gemacht werden, um Arbeitsgemeinschaften, Unterbezirke, Kreisverbände und Regios sichtbar zu machen und breiter aufzustellen, werden erfolgreiche Projekte wieder weiter verbreitet, damit ein großer Pool an Ideen entsteht. Obwohl wir immer die Gesamtpolitik, vor allem die im Land NRW, im Blick haben, glauben wir, dass es manchmal schon reicht kleine Aktionen zu planen und durchzuführen, um Aufmerksamkeit und eine breitere Unterstützung zu erfahren.

Gleichstellung

Die Gleichstellung der Geschlechter ist gesetzlich verankert. Doch das bedeutet leider keinesfalls, dass sich dieses auch in den Lebensbereichen widerspiegelt - im Gegenteil. Auch in der SPD und bei den Jusos sind Frauen weiterhin absolut unterrepräsentiert und diesem langläufig bekannten Problem wird auch nicht angemessen begegnet. Dabei ist das Thema Gleichstellung ein Querschnittsthema, das in allen Politikfeldern intensiv behandelt werden muss. Aus diesem Grund ist Gleichstellung für uns eine zentrale Leitlinie, die sich durch unsere gesamte Arbeit ziehen wird, sei es in jedem einzelnen Arbeitskreis, oder in der methodischen Arbeit. Dafür werden wir konkrete Instrumente etablieren, wie zum Beispiel eine Gender-Tour durch die Arbeitskreise. Besonders in der Bildungsarbeit wird das Thema Gleichstellung einen zentralen Platz einnehmen. Wie die anderen Leitlinien, wird auch die Umsetzung und Verfolgung dieser Leitlinie intensiv voran getrieben und überprüft werden. Dafür ist der auf der letzten Landeskonferenz etablierte Gleichstellungsbericht ein gutes Instrument. Wir werden ein Frauennetzwerk etablieren.

Kommunales

Die Situation der Kommunen hat sich in den vergangenen Jahren unter der schwarz-gelben Landesregierung drastisch verschlechtert. Das ist so nicht mehr hinnehmbar, weshalb die Kommunen zu Recht in den Fokus der Landespolitik gerückt sind. Gleichzeitig wird wichtige und wertvolle Kommunalpolitik vor allem vor Ort gemacht, unter anderem von vielen engagierten Jusos. Dieses Wissen wollen wir nutzen, gleichzeitig aber keine unnötigen Parallelstrukturen bilden. Es muss möglich sein, Synergieeffekte zu nutzen und sich auszutauschen und zudem im positiven Sinne für die Kommunen auf die Landespolitik einzuwirken. Deshalb und auch weil Kommunalpolitik so facettenreich ist, betrachten wir das Thema als Leitlinie unserer Politik in den nächsten zwei Jahren. Wir wollen es in den Arbeitskreisen behandeln und den Austausch fördern. Die Zusammenarbeit und der Austausch mit der SGK, sowie der JuniorSGK, soll zudem intensiviert werden.

3. UNSERE HANDLUNGSFELDER

Um unsere Politik zu vertiefen, umzusetzen und zu verfolgen, brauchen wir konkrete Vorstellungen und Fragestellungen, was aus unserer jetzigen Sicht die wichtigen Themen der nächsten zwei Jahre sein werden. Selbstverständlich ist diese Aufschlüsselung nie abschließend, sondern eine erweiterbare Orientierung für unsere politischen Handlungsfelder. Zudem müssen wir die Frage beantworten, wie die Instrumente zur Umsetzung unserer inhaltlichen Vorstellungen aussehen.

Die Arbeitskreise als Hauptumsetzungsort für politische Projekte

Wir haben viele gute Inhalte, die unser Fundament darstellen und die wir erhalten und weiterverfolgen möchten. Aber wir glauben auch, dass die möglichst hürdenfreie Beteiligung aller NRW Jusos bei der Erarbeitung unserer zukünftigen Positionen ein absolut wichtiger Schlüssel ist. Wir wollen auch neue Themen erarbeiten und vertiefen, um uns zu Expertinnen und Experten innerhalb der Jusos und der NRWSPD zu machen.

Um Hürden der Beteiligung einzureißen, wollen wir Strukturen übersichtlicher machen, indem wir Parallelstrukturen vor allem auf Landesebene verhindern. Deshalb gibt es zukünftig vor allem die Arbeitskreise (AKs) als Ort der inhaltlichen Diskussion und Erarbeitung von Positionen. Wir wollen zudem gewährleisten, dass der Verband breit über die Existenz der und die Beteiligungsmöglichkeiten an den AKs informiert ist. Alle Jusos müssen an den Arbeitskreisen ihrer Wahl teilnehmen können. Die nachfolgenden Arbeitskreise, die sich alle an unseren Leitlinien orientieren, sind gleichwertig.

Arbeitskreis „Nachhaltige Wirtschaftspolitik“

Wir NRW Jusos bekennen uns zu einer nachhaltigen Wirtschaftspolitik. Dies bedeutet für uns den konstruierten Widerspruch zwischen Ökonomie und Ökologie aufzulösen und gleichzeitig den Maßstab der sozialen Gerechtigkeit an alle politischen Entscheidungen anzulegen. Wir sind überzeugt, nur mithilfe einer solchen Wirtschaftspolitik dem Ziel von Verteilungsgerechtigkeit, Vollbeschäftigung und guten Arbeitsbedingungen für alle zu erreichen.

Im Arbeitskreis wollen wir uns, neben den wirtschaftspolitischen Grundlagen aus der Makroökonomie, übergeordnet mit der Fragestellung beschäftigen, wie eine nachhaltige Wirtschaftspolitik für Nordrhein-Westfalen konkret aussehen kann. Unser Ziel ist es dabei, den Begriff der Nachhaltigkeit in all seinen Dimensionen zu erfassen, jungsozialistisch zu definieren und als Leitmotiv unseres Handelns zu implementieren.

So stellen sich für uns folgende Fragen: Wie wird der fortschreitende Strukturwandel in NRW gestaltet? Wie sieht eine moderne Kombination aus Dienstleistungs-, Industrie- und Landwirtschaftspolitik aus? Welche Rolle spielen die Politik und der Staat hierbei? Wie ist dieser Wandel unter Einbeziehung höchster ökologischer und sozialer Standards realisierbar?

Diese Fragestellungen wollen wir anhand von konkreten Themen diskutieren, beantworten und für unsere Erkenntnisse in Partei und Gesellschaft werben. Beschäftigen wollen wir uns mit einer zukunftsfähigen Energiewirtschaft für NRW, Konzepten nachhaltiger Stadtentwicklung und interkommunaler Zusammenarbeit, einer sinnvollen Verkehrspolitik, Naturschutz und Erhalt der Biodiversität, effektivem und transparentem Verbraucherschutz, der Verwendung von lokalen und insbesondere regionalen Fördermitteln sowie den Themen verantwortungsvolle Unternehmensführung und der Rolle der Banken in NRW.

Als NRW Jusos sehen wir darauf aufbauend für den AK Nachhaltige Wirtschaftspolitik drei Aufgaben:

1) Mithilfe von internen Bildungsangeboten wollen wir das wirtschaftspolitische Wissen unserer Mitglieder stärken. Hierzu können wirtschaftspolitische Grundlagenseminare angeboten werden, bei denen Themen wie bspw. Angebots- vs. Nachfragepolitik oder die Definition von nachhaltigem Wachstum vermittelt werden, hier soll auch vermittelt werden, was linke Wirtschaftspolitik ausmacht und wie sie verwirklicht werden kann. Für einen breiten InteressentInnenkreis wird von Seiten des AK Input in die Verbandswochenenden gegeben.

2) Im Rahmen der Arbeit im AK und darüber hinaus, wollen wir unsere Kontakte in die NRWSPD hinein auf- und ausbauen. Dies bezieht sich sowohl auf unsere VertreterInnen in der

Landtagsfraktion, wie auch in den Parteigliederungen. Wir verstehen es als unsere Aufgabe, die Politik der Mutterpartei kritisch-konstruktiv zu begleiten. Hierzu ist ein stetiger Austausch mit den EntscheidungsträgerInnen unerlässlich.

3) Ein entsprechender Austausch muss auch mit den vielfältigen, potentiellen Bündnispartnern und Zielgruppen stattfinden. Speziell ist hier ein gemeinsamer Diskurs mit der Grünen Jugend NRW sowie den diversen Umweltschutzverbänden angezeigt. Eine funktionierende Wirtschaft lebt von verantwortungsvollen Betrieben mit engagierten Beschäftigten. Deswegen möchten wir gerade auch mit sozial-verantwortlich handelnden Unternehmensleitungen und ihren Beschäftigten vor Ort ins Gespräch kommen. Bei kommunalen Themen möchten wir mit unseren MandatsträgerInnen in den Kommunen kooperieren.

ARBEITSKREIS „SOZIALSTAAT GERECHT!“

Im Arbeitskreis „Sozialstaat gerecht!“ wollen wir uns mit drei Schwerpunkten auseinandersetzen. Das ist zum ersten die Frage nach der Gestaltung der Lebensarbeitszeit, die weiter gefasst ist, als die Debatte um „Gute Arbeit“, die sich hauptsächlich um die inhaltliche Gestaltung von Arbeit kümmerte. Wir wollen in diesem Arbeitskreis den Horizont erweitern. Dabei stellen sich unter anderem folgende Fragen: Welche Modelle der Lebensarbeitszeit können eine Antwort auf die neuen Anforderungen an brüchige Erwerbsbiographien bieten? Wie muss Arbeit gestaltet sein, damit sie weder physisch noch psychisch zu übermäßig hohen Belastungen führt oder gar krank macht? Wie können Auszeiten für Erziehungsarbeit, Pflege oder Sabbaticals in der Erwerbsbiographie berücksichtigt werden? Wie können Phasen außerhalb von Erwerbsarbeit organisiert werden, ohne dass sie zu Armut und zu Schwierigkeiten beim Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt führen? Wie kann man den Anforderungen nach lebenslangem Lernen gerecht werden? Des Weiteren müssen bestehende Juso-Konzepte wie Arbeitszeitverkürzung, Arbeitsversicherung und Lebensarbeitszeitkonten auf ihre Aktualität hin untersucht werden.

Der zweite Schwerpunkt unserer Arbeit soll sich mit dem Thema der Wirtschaftsdemokratie und Mitbestimmung befassen. Gerade die Finanzkrise hat gezeigt, mitbestimmte Betriebe, Unternehmen mit starken und durchsetzungskräftigen Betriebsräten sind innovativ und wettbewerbsfähig. Oft waren es die Betriebsräte, die durch ihren Mut und ihre Tatkraft Unternehmen vor dem Ruin gerettet haben. Auf diese Kompetenz der Beschäftigten darf nicht länger verzichtet werden. Mitbestimmung und Wirtschaftsdemokratie müssen gestärkt und vorangebracht werden. Die rot-grüne Minderheitsregierung in NRW macht mit der Gesetzesinitiative zur Mitbestimmung im Öffentlichen Dienst einen ersten Aufschlag. Weitere Fragen, die es in diesem Zusammenhang zu diskutieren gilt, sind beispielsweise: Wie kann Mitbestimmung weiter ausgebaut werden? Mit welchen politischen oder gesetzlichen Initiativen kann man Betriebsräte und Gewerkschaften unterstützen? Sind vielleicht Genossenschaften, und nicht Aktiengesellschaften, das Modell des Wirtschaftens der Zukunft?

In unserem dritten Schwerpunkt werden wir uns den Themen Zivilgesellschaft und Partizipation widmen. Die schwindenden Mitgliederzahlen in Parteien und Gewerkschaften sind alarmierend. Immer weniger Menschen nehmen an politischen Ereignissen wie Wahlen, Bürgerinitiativen o. ä. teil. Dennoch boomen zum Beispiel neue Formen des Ehrenamts, die keine langfristige Bindung an einen Verein oder eine Organisation voraussetzen. Wie kann die Gesellschaft diesem Trend begegnen? Welche Möglichkeiten bietet das Ehrenamt auf dem Weg in eine gerechtere Gesellschaft? Welche Anforderungen und Bedingungen muss man ehrenamtlichem Engagement gegenüber stellen, um Unterstützung für Unterprivilegierte nicht vom Wohlwollen anderer abhängig zu machen? Welche Schwierigkeiten oder Verdrängungseffekte ergeben sich im Zusammenspiel von Ehrenamt und „Normalarbeitsverhältnissen“? Welche Fähigkeiten, Kompetenzen und Perspektiven müssen wir den Menschen aufzeigen für eine emanzipierte und partizipative BürgerInnenschaft? Unsere Arbeit wird in enger Kooperation mit den vielen BündnispartnerInnen in diesem Zusammenhang stattfinden.

Arbeitskreis „Antifa/Integration/Antidiskriminierung“

Die Arbeitsbereiche Rechtsextremismus und Integration / Migration gehören für uns Jusos, als pluralistischer und antifaschistischer Verband, zu unserem Selbstverständnis. Wir bekämpfen in diesen Bereichen jegliche Form von Rechtsextremismus, Sexismus, Antisemitismus, Rassismus und Nationalismus.

Oft bestehen Überschneidungspunkte der beiden Bereiche. Um die Synergieeffekte hieraus nutzen zu können, ist es sinnvoll, die beiden Bereiche nicht länger als trennscharfe Sphären aufzufassen und zu behandeln, sondern diese zusammen zu führen, damit sie sich auch sinnvoll und komplementär ergänzen können. Erweitert wird die Arbeit des Arbeitsbereiches durch das Thema der Antidiskriminierung, das gerade verstärkt auf die politische Agenda gerückt ist.

Nach den vergangenen zwei Jahren, die durch den Wahlkampf und seine inhaltliche sowie organisatorische Ausrichtung geprägt waren, gilt es auch den Fokus des neu zu gestalteten Arbeitskreises neu auszurichten. Die Arbeit soll dabei verschiedene Dimensionen implementieren: Die inhaltliche Arbeit, die Bildungsarbeit, die Bündnisarbeit, die Unterstützung und Vernetzung der Arbeitsgemeinschaften vor Ort.

Für den Bereich der antifaschistischen Arbeit bedeutet dies konkret, dass wir uns vermehrt neuen Themenfeldern, die sich abseits des Springer-Stiefel-Klischees entwickelt haben, thematisch zuwenden wollen. Besonders auf den „Rechtsextremismus der Mitte“, Rechtspopulismus, wie ihn pro NRW betreibt, und bisher eher vernachlässigte Themen wie Rechtsextremismus von MigrantInnen/ internationaler Rechtsextremismus und Frauen im Rechtsextremismus, wollen wir eingehen.

Die aktive Teilnahme an Aktionen gegen rechtsextreme Organisationen, wird ein weiterer zentraler Bestandteil der Arbeit im Arbeitskreis sein. Die Professionalisierung unserer Arbeit bei Demonstrationen und generelle Kampagnenvorbereitung, Mobilisierung und Koordination soll im ganzen Landesverband weiter ausgebaut werden. Dabei muss auch die Unterstützung der Juso-AGs gefördert werden durch bspw. Know-how, Bereitstellen von Materialien oder auch die Mobilisierung.

Für die NRW Jusos wird auch der Bereich Integration von hoher Wichtigkeit sein. So suchen wir die Verknüpfung mit dem Bereich Antifaschismus und wollen uns z. B. die Frage stellen, warum es unter jungen MigrantInnen Renationalisierungstendenzen und Erfolge rechtsextremer und fundamentalistischer Gruppierungen gibt. Desweiteren ist die Beschäftigung mit dem Bereich Integration unter der Prämisse der Gerechtigkeit für uns Jusos unerlässlich. Immer noch leiden Menschen mit Migrationsgeschichte verstärkt unter der hohen Ungerechtigkeit im Bildungssystem, auf dem Arbeitsmarkt, bei der Wohnungssuche, bei der politischen Partizipation, bei den Aufenthaltserlaubnissen und der Anerkennung von Abschlüssen, die im Ausland erworben wurden. Über diese thematischen Beispiele hinaus müssen wir allgemeiner die Lebenswirklichkeit junger MigrantInnen erfassen, darstellen und uns so weitere Arbeitsfelder erschließen.

Weitere wichtige Thematiken, mit denen wir uns beschäftigen wollen, sind unter anderem der Islamunterricht an Schulen und die Abschaffung des Gesinnungstest.

Wir wollen die Kooperation mit MigrantInnen Selbstorganisationen ausbauen, um so die Interessen der MigrantInnen aus erster Hand zu erfahren und sie in die Arbeit der NRW Jusos und der NRWSPD einfließen zu lassen. In den vergangenen Jahren haben sich in vielen Gliederungen und Unterbezirken Projekt- und Arbeitsgruppen von Migrantinnen und Migranten in der SPD gegründet. Mit diesen wollen wir die Zusammenarbeit suchen und Kontakte ausbauen. Auch die Bündnisarbeit im Bereich Rechtsextremismus ist zentral: Zusammen mit anderen Jugendorganisationen oder Verbänden können Kooperationen geschlossen werden, um ein deutliches und geschlossenes Zeichen gegen Rechts zu setzen und um durch die Vernetzung, Wissen und Erfahrung austauschen zu können.

Bei all unseren Projekten wird der Bereich der Antidiskriminierung und der Gleichstellung, als allumfassende Aufgabe, implementiert sein.

Arbeitskreis „Europa/Internationales“

Alle Politikbereiche müssen auch aus einer europäischen und internationalen Perspektive betrachtet werden. Dies gilt für die sozialen und ökologischen Folgewirkungen, die durch unser Handeln in NRW für andere entstehen bzw. welche für uns aus dem Handeln anderer entstehen. Dem gängigen Paradigma des Wettbewerbs der Regionen gegeneinander, setzen wir ein Verständnis einer sozial und ökologisch orientierten Politik der Koordination, Verständigung und Solidarität. In diesem Rahmen wollen wir die folgenden Schwerpunkte bearbeiten.

Die Marktliberalisierungen der Europäischen Union, die Ressourcenkrise der öffentlichen Haushalte und eine bedingungslose Dominanz von Effizienz und Effektivität haben öffentliche Dienstleistungen in Europa unter Druck gesetzt. Der öffentliche Sektor wird so ad absurdum geführt, da er Schritt für Schritt der Öffentlichkeit entzogen wird. Dabei ist er ein kulturelles und soziales Gut, denn er garantiert gleiche Teilhabe an der Gesellschaft, verhindert soziale Ausgrenzung und ermög-

licht demokratische Partizipation. Auch in NRW hat die marktradikale Politik der letzten fünf Jahre in den Bereichen der sozialen Dienste für Menschen die Axt angesetzt, privatisiert sowie demokratische Kontrolle und kommunale Selbstverwaltung ausgehöhlt. Dies betrifft Mobilität für junge Menschen, bezahlbare Wohnungen und vieles mehr. Die NRW Jusos wollen mit sozialen Bewegungen, Non-Profit Think-Tanks, Gewerkschaftsjugendlichen und befreundeten Jugendorganisationen aus den Nachbarländern der Frage nachgehen, was unsere Anforderungen an öffentliche Dienstleistungen sind, die den Menschen gleichermaßen und nicht der Rendite Einzelner dienen. Dabei werden wir alternative Wege der Erstellung öffentlicher Dienstleistungen jenseits von Outsourcing, Privatisierung und Public-Private-Partnership unter die Lupe nehmen.

Vor allem im Bereich der Immigrationspolitik betreibt die konservativ-neoliberale Regierung der Europäischen Union den Ausbau Europas zu einer Festung. Besonders deutlich wird dies immer dann, wenn mit polizeilichen und militärischen Mitteln gegen „illegale Einwanderer“ vor den europäischen Küsten im Mittelmeer vorgegangen wird. Dabei werden Ursachen und Verfehlungen in der Europäischen Politik - wirtschaftlicher Protektionismus, unzureichende Entwicklungshilfe vor Ort und menschenunwürdige Auffanglager - in der Berichterstattung meist nicht einmal erwähnt. Wir Jusos wollen in Zusammenarbeit mit unseren europäischen Partnern, Menschenrechtsorganisationen und anderen Jugendverbänden, dass die EU eine Einwanderungspolitik entwickelt, die den Problemen und Sorgen der Einwanderer in Würde behandelt und ihnen nötige Hilfe gewährt. Wir wollen ein offenes Europa, in dem sich die Menschen, unabhängig von ihrem finanziellen Status, der Hautfarbe, ihrem Geschlecht oder ihrer Religion, frei entfalten können. Außerdem wollen wir Verfehlungen in der Europäischen Politik wie Protektionismus und unzureichende Entwicklungspolitik, die zur Armut und Verelendung und damit zu Flüchtlingsströmen führen, analysieren und Lösungsmöglichkeiten entwickeln. Es gibt leider noch sehr viele Länder in denen Frauen nicht die gleichen Menschen- und BürgerInnenrechte eingeräumt werden. Wir werden auf keinen Fall zulassen, dass Frauen als Menschen zweiter Klasse behandelt werden. Das im rot-grünen Koalitionsvertrag angestrebte kommunale Wahlrecht für Menschen, die keinen EU-Pass besitzen, ist ein Schritt in die richtige Richtung. Wir wollen die Schaffung politischer Rechte für Einwanderer fortsetzen.

Die Entwicklungszusammenarbeit Nordrhein-Westfalens richtet sich vordergründig an wirtschaftlichen Interessen aus. Entwicklungszusammenarbeit muss jedoch verstärkt in Ländern betrieben werden, in denen die Not am größten ist und nicht dort, wo die höchsten Profite zu erwarten sind. Wir NRW Jusos wollen die rot-grüne Regierungszeit dazu nutzen die Entwicklungspolitischen Leitlinien neu auszurichten.

Das Konzept der Zwangsdienste ist überholt. Darum werden wir in NRW uns für den Ausbau und die Verbesserung der Freiwilligendienste stark machen. Dabei werden wir darauf achten, dass die Zielsetzung der Freiwilligenprogramme nicht nur auf die Vergrößerung des BewerberInnenpools von Behörden und Wirtschaft zielt, sondern der allseitigen Persönlichkeitsbildung junger Menschen aus allen Lebensbereichen, unabhängig von ihrer beruflichen Orientierung, dient. Unsere Arbeit soll sich durch eine enge Kooperation mit den vor Ort ansässigen, international agierenden Hilfsdiensten auszeichnen. Unser Ziel ist es, die Motive junger Menschen zu erfassen, die sich zu freiwilligen Diensten melden, aber auch ihre Probleme kennenzulernen und für diese Lösungen zu entwickeln.

Wir NRW Jusos werden auch zukünftig das Willy-Brandt-Centrum (WBC) und seine Bemühungen um Frieden durch Dialog, basierend auf dem Grundsatz der doppelten Solidarität zwischen IsraelitInnen und PalästinenserInnen, unterstützen.

Arbeitskreis „Ganzheitliche Bildung“

Wir haben uns in der Vergangenheit intensiv mit dem Schwerpunkt Bildung beschäftigt. Speziell in der Schulpolitik und vor allem der Hochschulpolitik haben wir zudem die Programme der NRWSPD mit gestaltet. Wir werden auch in Zukunft ein starkes Augenmerk auf die Bildungspolitik legen. In Nordrhein-Westfalen werden wir neben den innerparteilichen Gremien die Arbeit verschiedener Ministerien, vor allem Jugendministerium, Schulministerium, Wissenschaftsministerium, aber auch Arbeits- und Finanzministerium und entsprechende Landtagsausschüsse (zudem auch Ausschuss für Frauenpolitik) kritisch und konstruktiv begleiten.

In Zukunft wollen wir darüber hinaus aber vor allem alle Gebiete der Bildung für unsere Politik erschließen, begreifen und Modelle und Lösungen für Probleme dazu offensiv in die NRWSPD und die Landespolitik einspeisen und mehrheitsfähig machen. Denn es ist wichtig, Bildung als ein Gesamtkonzept zu verstehen, bei dem verschiedene Stufen nahtlos und schlüssig aufeinander aufbauen. Das begreifen wir als ganzheitlich betrachtete Bildung.

Es ergeben sich aus dieser Definition Fragestellungen. Wir wollen diskutieren, welche frühkindliche Bildung sinnvoll ist, was Inklusion im gesamten Bildungssystem bedeutet, wie wir vor allem konkrete Lösungen dazu präsentieren können und wie Förderung aussehen muss, um gerechte Chancen zu gestalten. Die Anerkennung für Bildungsberufe muss erhöht werden und die teilweise drastisch unterschiedliche Situation von Kindertageseinrichtungen und Schulen in verschiedenen Kommunen soll gleich und gut gestaltet werden.

Der Übergang zum längeren gemeinsamen Lernen muss endlich gelingen und vor allem fest verankert werden. Können wir hier und in anderen Situationen mit kritischer und linker Forschungspolitik einen dauerhaften Gegenpol zu konservativer oder neoliberaler Politik erreichen? Wir wollen uns über Quoten im Bildungsbereich beraten und eine für alle gute Entlohnung in allen Bildungsbereichen anstoßen. Wir brauchen eine komplett durchdachte Lehramtsausbildung und Reform der Oberstufe. Wollen wir einen besseren Quereinstieg in Bildungsberufe ermöglichen und wie sieht eine mehrheitsfähige Alternative zu Benotungen aus? Wir sollten unabhängig von anderen für uns festlegen, welche Betreuungsquoten sinnvoll sind. Auch alternative Schulmodelle, Reformpädagogik, freien Schulen uvm. sollten wir beleuchten. Wenn unsere Schule der Zukunft die beste sein soll, müssen wir auch wissen, was sie von anderen Modellen abgrenzt oder was sie eint.

Das Feld der Ausbildung soll weiterhin beleuchtet werden. Was ist beispielsweise mit dualer, überbetrieblicher oder modularisierter Ausbildung? Zudem müssen wir Perspektiven für Ausbildungs- oder StudienabbrecherInnen schaffen. Auch den Stellenwert des zweiten Bildungsweges, sowie der Abend- und Volkshochschulen dürfen wir nicht vernachlässigen. Zudem muss uns daran gelegen sein gute Konzepte zum Thema Weiterbildung anbieten zu können.

Was ist eigentlich gute Lehre? Wie können wir die Öffnung der Hochschulen effektiv vorantreiben? Auch beim Thema Studienreformen bleiben offene Fragen, genauso wie bei der Positionierung zu Promotionen und Graduate Schools. Außerdem brauchen wir die Erziehung zur Mitbestimmung und kritischer Reflektion. Wir brauchen eine politische Bildung, die es heutzutage schafft breites Interesse zu wecken.

Viele Fragen sind offen. Sie für uns adäquat zu beantworten kann uns nur gelingen, wenn wir auch die Expertise anderer hinzuziehen. Deshalb wollen wir eng mit vielen Organisationen kooperieren, beispielsweise der LandeschülerInnenvertretung (LSV), der Landeselternschaft, dem Landes-ASten-Treffen (LAT), den Allgemeinen Studierendenausschüssen (ASten), dem freien Zusammenschluss von StudentInnenschaften (fzs), dem Aktionsbündnis gegen Studiengebühren (ABS), dem Bund ausländischer Studierender (BAS), der (Jungen) GEW, Juso-Hochschulgruppen, Juso-SchülerInnen, der Afa, der Grünen Jugend NRW, JugendausbildungsvertreterInnen und Betriebsräten. Gemeinsam mit KooperationspartnerInnen wollen wir auch neue Sitzungs- und Veranstaltungsformen ausprobieren und Zielgruppen erweitern. Wir glauben es trägt dazu bei, Politikfelder besser zu erschließen und Problemlösungen zu erarbeiten, wenn man über den eigenen Tellerrand schaut. Deshalb wollen wir verstärkt Exkursionen unternehmen, beispielsweise Laborschulen, Betriebe, oder Kindertageseinrichtungen besuchen. Außerdem wollen wir ein Modellprojekt „Bildungsbesuche“ ausarbeiten, bei dem eine größere Zahl Jusos und KooperationspartnerInnen eine Art Austausch (bspw. Hochschule/Betrieb) gestalten. Um schließlich unsere Lösungen in der politischen Landschaft mehrheitsfähig zu machen, wollen wir neben den oben genannten Mechanismen auch hier eng mit anderen Organisationen zusammenarbeiten und uns an sinnvollen Bündnissen und Demonstrationen beteiligen.

Arbeitskreis „Freiheitsrechte, Kultur und digitales Leben“

Kulturelle Angebote haben für die Menschen in NRW einen hohen Stellenwert. Aber die Haushaltslage der Städte und Kommunen erfordert ein Umdenken bei der Finanzierung und dem Erhalt kultureller Vielfalt. Nicht zuletzt ermöglichen Kunst und Kultur eine engere Bindung an die Zivilgesellschaft - insbesondere für Kinder und Jugendliche. Welche Rolle soll die öffentliche Hand spielen und kann die Aufrechterhaltung von Kulturangeboten durch Public Private Partnership und Corporate Social Responsibility ggf. ergänzt werden? Durch Träger von lokalen Kulturangeboten werden wir einen Einblick in dortige Problemlagen bekommen und Lösungen entwickeln.

Doch nicht nur die Herausforderungen im kulturellen Bereich formen heute das Leben in der Gesellschaft um. Das omnipräsente Internet wird immer mehr zum Einflussfaktor im Alltag aller Schichten und Milieus und prägt insbesondere das Leben der jüngeren Generationen.

Wie kann ein diskriminierungsfreier und egalitärer Zugang zur digitalen Welt sichergestellt werden? Welche politischen Maßnahmen sind notwendig, um die digitale Spaltung (Stadt/Land,

Geschlecht, Alter, Bildungsniveau) aufzuhalten und auszugleichen? Wie kann Datenschutz auf technischer Seite für VerbraucherInnen transparent und effektiv gestaltet werden? Welche Formen demokratischer Teilhabe lassen sich über das Netz organisieren und wo kann es zu einer Gefahr dafür werden? Welche Folgen hat es für ArbeitnehmerInnen, via Smartphone das Büro jederzeit in der Hosentasche zu haben?

Schulen und Volkshochschulen müssen Medienkompetenz vermitteln, um eine offene und kritische Diskussion zu Themen wie Datenschutz führen zu können. Dazu muss auch ihre technische Ausstattung verbessert werden. Um diese und zahlreiche andere Fragen zu diskutieren und in konkrete Politik münden zu lassen, streben wir die Zusammenarbeit mit Verbänden wie dem Chaos Computer Club, dem mekonet und BloggerInnen aus NRW an und wollen Kontakte ausbauen.

Insbesondere in sich ständig verändernden Themenbereichen wie Internet und Datenschutz ist viel Bildungsarbeit im Verband notwendig. Die NRW Jusos können und wollen hier auch der NRWSPD inhaltlich zuarbeiten und auch deren Online-Angebote kritisch unter die Lupe nehmen. Die Partei braucht unsere Expertise!

Wir lehnen Zensurmechanismen wie Netzsperrern und die Novelle des JMStV ab und setzen uns für Meinungsvielfalt im Internet ein. Aber Grund- und Freiheitsrechte müssen nicht nur online verteidigt werden, denn Demokratie wird sich niemals nur digital organisieren lassen. Welche Rolle spielt also für uns die Straße und wie muss diese Öffentlichkeit genutzt werden dürfen, um einer funktionierenden Zivilgesellschaft Raum zu geben? Wir wollen eine Debatte anstoßen, welche Formen des Protests möglich sind und welche Rolle dabei auch so genannte Grenzformen des Protests, wie etwa ziviler Ungehorsam, spielen können. Wir fordern weiterhin die Kennzeichnungspflicht von Polizeieinsatzkräften und ein Ende von so genannter „präventiver Überwachung“.

Diese Debatten können und wollen wir nicht allein nur im Verband führen. Wir werden uns intensiv mit Ministerien, wie dem Innen- und dem Europa und Medienministerium und Landtags-Ausschüssen, wie dem Haupt- und Medien-, dem Kultur- und dem Innenausschuss auseinandersetzen, um auf der Höhe aktueller politischer Debatten zu sein und diese zugleich mitzugestalten.

DAS GERÜST DER ARBEITSKREISE

Die Arbeitskreise sind eng an den Landesvorstand gekoppelt. Sie sind Foren für die intensive Erarbeitung von Themen und können durch ihre Arbeit die Bildungsarbeit des Verbandes bereichern. Die Arbeitskreise werden die ihnen thematisch verbundenen Teile der Regierung und der Landtags-Ausschüsse im Sinne unserer Inhalte beobachten und den Landesvorstand umgehend darüber informieren, wenn in Partei, Landtag oder Regierung etwas entgegen unserer Vorstellungen läuft, damit der Landesvorstand handeln kann. Auch AK-Besuche von Plenar- oder Ausschusssitzungen sind ein denkbare Mittel. Insgesamt wollen wir bei den Arbeitskreisen, da wo es möglich ist, die reine Abarbeitung von Tagesordnungen in Zukunft zu Gunsten einer offeneren Arbeitsatmosphäre vermeiden.

Wir haben erkannt, dass Arbeitskreise in ihrer alten Form teilweise von einer Beteiligung abhalten, weshalb wir neue Formen ausprobieren möchten, um eine breitere Einbindung der NRW Jusos zu erreichen und abwechslungsreicheres und effektiveres Arbeiten zu ermöglichen. Es soll deshalb in Zukunft in regelmäßigen Abständen einen „Tag der Arbeitskreise“ geben, wo an einem Tag am Wochenende intensive Arbeit in den Arbeitskreisen ermöglicht wird. So wollen wir verhindern, dass die Arbeitskreise ausschließlich unter der Woche stattfinden, weil das oft weite Anreisen für kurze Sitzungen bedeutet. Auch die Entwicklung eines persönlichen Bezuges und eines besseren Verständnisses für und mit den anderen Arbeitskreismitgliedern wird so, beispielsweise mit dem gemeinsamen Essen am Rande des „Tag der AKs“, verstärkt.

Eine regelmäßige Zusammenarbeit mit externen ExpertInnen und anderen Organisationen führt zur besseren Vernetzung mit anderen gesellschaftlichen Gruppen, zur Erweiterung des Horizontes und Vermehrung des Wissens. Außerdem können solche Kooperationen und auch Exkursionen (beispielsweise in Betriebe usw.) die Beteiligungsbasis der Arbeitskreise weiter verbreitern. Zudem wollen wir zukünftig auch weiteren Arbeitsformen gegenüber offen sein. Das können durchaus auch mal Diskussionen über Foren, gemeinsame Dokumente, Chats, oder Konferenzen via PC sein, wenn die Beteiligung von allen daran interessierten Jusos gewährleistet werden kann.

Der Landesvorstand

Der Landesvorstand koordiniert die Arbeit des Landesverbandes. Er ist das höchste Gremium des Verbandes zwischen den Landeskonferenzen und –ausschüssen und trägt die politische Gesamtverantwortung. Er ist verantwortlich für die übergeordnete Vernetzung im und über den Verband hinaus. Er begleitet und koordiniert die zentralen Handlungsfelder und bündelt die organisatorischen und thematischen Fäden.

Verbandswochenenden

Verbandswochenenden richten sich an den gesamten Verband, auch an NeueinsteigerInnen. Sie haben als Themen grundsätzliche Inhalte, Methodiken und aktuelle Entwicklungen. Zudem soll bei den Verbandswochenenden ein Austausch mit für die Arbeit der NRW Jusos wichtigen SPD-Mitgliedern und weiteren ExpertInnen stattfinden. Die Verbandswochenenden sollen auch das Kennenlernen unter den NRW Jusos ermöglichen und eine Möglichkeit der Mitgliederwerbung eröffnen. Inhaltlich sollen insbesondere auch die AKs ihre Arbeit darstellen können und beispielhaft Themenschwerpunkte aus ihrem Arbeitsbereich vorstellen. Die Verbandswochenenden finden in der Regel zweitägig statt.

Methodikseminare

Wir möchten den Verband methodisch schulen und zwar über die Grundlagen der Verbandswochenenden hinaus. Dazu möchten wir in der Regel eintägige Seminare anbieten, beispielsweise zur Planung und Durchführung von Seminaren, Vermittlung von Inhalten oder Rhetorik. Dabei kann es verschiedene Facetten geben, von verbandsinternen Schulungen, Schulungen, welche sich Arbeitskreise verordnen, Seminaren speziell für Frauen, oder wenn Interesse besteht, auch die Möglichkeit bei einem professionellen Training einen Teilnahmenachweis gegen einen kleinen Teilnahmebeitrag zu erhalten.

Bestellseminare

Wir bieten Bestellseminare für Regios und Unterbezirke zu verschiedenen inhaltlichen Themen an. Diese können einige Stunden oder auch einen Tag dauern. Damit diese angenommen werden, möchten wir sie breit bewerben und bekannt machen und die nächsten Monate dazu nutzen ein Programm aufzubauen.

Kampagnen

Durch die Wahlkämpfe haben wir eine hohe Kampagnenfähigkeit erreicht, die wir bewahren und vertiefen wollen. Andererseits müssen wir gerade jetzt die Regierung so begleiten, dass unsere Inhalte Widerhall finden. Das laufende Jahr möchten wir deshalb nutzen, um uns aufzustellen. Ab dem nächsten Jahr planen wir Kampagnen, die nach Möglichkeit einen aktuellen Bezug haben. Es kann sich um Kampagnen innerhalb der Partei handeln, um Inhalte durchzusetzen, oder auf die Agenda zu setzen. Es kann sich aber auch um landesweite Kampagnen handeln, beispielsweise mit anderen Organisationen oder als NRW Jusos, um uns für neue Mitglieder interessant zu machen.

Unterbezirke, Kreisverbände und Regios

Die Arbeitsgemeinschaften, Unterbezirke und Kreisverbände sind die unersetzliche und zuverlässige Grundlage unserer Arbeit. Jusos vor Ort prägen und gestalten Politik, sowie das Bild von uns Jusos nach außen. Es ist wichtig, noch enger mit den UBs/KVs zusammenzuarbeiten und unsere Angebote auf die Bedürfnisse der Unterbezirke abzustimmen. Enge Kooperation soll unter anderem über die regelmäßige Einberufung von UB-Vorsitzendenkonferenzen gesichert sein. Wir werden die Regios als Bindeglied zur Landesebene und Koordinationsmöglichkeit von Unterbezirken weiter unterstützen.

Bundesebene

Als größter Juso-Landesverband im Bund tragen die NRW Jusos immer auch eine hervorgehobene Verantwortung im Juso-Bundesverband. Dieser wollen wir weiterhin gerecht werden. Wir wollen uns deshalb auch auf Bundesebene mit Anträgen, Personal und in den Perspektivprojekten einbringen und die Weiterentwicklung des Gesamtverbandes durch unsere Beiträge unterstützen.

4. WIR GESTALTEN NRW

Wir geben uns mit diesem Arbeitsprogramm einen klaren Auftrag, den wir nur gemeinsam umsetzen können. Wir wollen den Verband stärken, die taktgebende politische Jugendorganisation in NRW sein. Wir wollen noch sichtbarer werden in Partei, Politik und Gesellschaft. Wir wollen nicht müde werden die Inhalte der jungen Menschen in NRW zu vertreten und stellen uns konstruktiv und kritisch den kommenden Diskussionen. Wir wollen Nordrhein-Westfalen mitgestalten, wollen es verbessern und damit die Zukunft der jungen Menschen in diesem Bundesland positiv beeinflussen. Wir verspüren eine Aufbruchsstimmung, die wir nutzen wollen. Stillstand kommt für uns nicht in Frage! Wir gehen voran und nehmen alle mit!

BILDUNG

B 2	Freies, individuelles Lernen - auch in der Oberstufe	21
B 3	Alle Möglichkeiten zur schnellstmöglichen Abschaffung von Studiengebühren prüfen!	22
B 5	BAföG erhöhen, Elite-Stipendien abschaffen, Klientelpolitik beenden!	23
B 7	Lehramtsausbildung anpassen!	24
B 8	Referendariat ohne (Zulassungs-)Beschränkung – Bildungssackgassen verhindern!	26

B 2

FREIES, INDIVIDUELLES LERNEN - AUCH IN DER OBERSTUFE

Durch die Schulgesetzreform im Juni 2006 wurde, neben G8, auch die Umgestaltung der gymnasialen Oberstufe beschlossen. Die von CDU und FDP durchgesetzten Veränderungen in der Sek. II treten dieses Schuljahr erstmals in Kraft.

Die von der alten Landesregierung umgestaltete Oberstufe nimmt SchülerInnen die Möglichkeit, durch ihre Fächerwahl zu differenzieren und eigene Interessen in den Vordergrund zu stellen.

So gilt für SchülerInnen die 2013 ihr Abi machen, dass zwei ihrer ABI-Fächer Kernfächer (Deutsch, Mathe und fortgeführte Fremdsprache) sein müssen. Es ist auch nicht mehr möglich eine in der Sek. II neu einsetzende Fremdsprache als Leistungskurs zu wählen.

Für uns Jusos ist eine Stärkung der Kernfächer, um der Wirtschaft möglichst brauchbare AbiturientInnen zu liefern, der falsche Ansatz von Bildungspolitik. Bildung muss mehr schaffen als auf die Arbeitswelt vorzubereiten. Deshalb setzen wir weiterhin auf breite Wahlangebote um Begabungsreserven optimal auszuschöpfen. SchülerInnen sollen auch künftig die Möglichkeit bekommen ihre Lernprozesse selbstverantwortlich zu gestalten und individuelle Schwerpunkte zu setzen.

Besonders heftig sind die SchülerInnen getroffen, die eine G8 Hochschulreife machen, für sie wurde die Wochenstundenzahl erhöht. Sie müssen 34 Wochenstunden erreichen. Um dies zu schaffen haben sie die Wahl entweder so genannte Vertiefungskurse oder einen weiteren Grundkurs zu belegen. Vertiefungskurse sind hierbei Kurse in denen Defizite in den Kernfächern abgebaut werden sollen. Grund für die Einführung dieser Vertiefungskurse war die Angst, dass die durch G8 entstandenen höheren Anforderungen die Zahl der AbiturientInnen sinken lässt. Diese Angst teilen wir. Doch eine Vermeidung von zu hohen Anforderungen kann unserer Meinung nach ganz einfach erreicht werden, indem man G8 komplett abschafft.

Die im Koalitionsvertrag vorgeschlagene Lösung, jedes Gymnasium zusammen mit dem Schulträger entscheiden zu lassen, ob es G8 oder G9 anbieten möchte lehnen die NRW Jusos entschieden ab. Würde man diesen Weg gehen wäre nicht gewährleistet, dass jeder SchülerIn die Möglichkeit bekommt wohnortnah ein G9 Abi zu machen, des Weiteren sehen wir die Gefahr, dass mit den verbleibenden G8 Gymnasien eine neue Elite entsteht.

Für die jetzt noch existierenden G8 Jahrgänge muss eine Übergangslösung gefunden werden. Man könnte beispielsweise die Vertiefungskurse freiwillig anbieten, ein zwanghafter Besuch von Förderkursen ist für uns keine Lösung.

Im Zuge der Erneuerung der Oberstufe fordern wir eine Gleichstellung des sprachlich-musischen, gesellschaftswissenschaftlichen und naturwissenschaftlichen Bereiches. Es muss auch möglich sein den Schwerpunkt bei der Abi-Fächerwahl auf die Gesellschaftswissenschaften zu legen, da nur so gewährleistet wird, dass wirklich individuelle Schwerpunkte gesetzt werden können.

Wir fordern die Landesregierung auf die Erneuerung möglichst zeitnah vorzunehmen. Langes Beraten hilft den SchülerInnen unseres Landes nicht weiter. SchülerInnen die 2013 ihr Abitur machen, das heißt ihre Abi-Fächer im Frühjahr 2011 wählen, müssen von solchen Reformen noch profitieren können.

B 3

ALLE MÖGLICHKEITEN ZUR SCHNELLSTMÖGLICHEN ABSCHAFFUNG VON STUDIENGEBÜHREN PRÜFEN!

Die NRW Jusos fordern die sofortige Abschaffung jeglicher Form von Studiengebühren. Die Koalition von NRWSPD und Grünen NRW erklärt, dies sei aber erst zum Wintersemester 2011/2012 möglich, da die Gegenfinanzierung durch den Haushalt erst gewährleistet werden kann, wenn das Sommersemester 2011 schon begonnen hat.

Die NRW Jusos glauben, dass die Abschaffung auch schon zum Sommersemester 2011 möglich ist und fordern die NRWSPD und die Regierung, vor allem das Finanzministerium, das Wissenschaftsministerium und die Ministerpräsidentin auf alle Möglichkeiten der Studiengebührenabschaffung zum Sommersemester ernsthaft und zügig zu prüfen, diese transparent darzulegen und mit den NRW Jusos mit dem Ziel der früheren Abschaffung rückzusprechen. In den nächsten Landtagssitzungen muss dann ein Antrag auf Abschaffung zum Sommersemester 2011 und einer entsprechenden Gegenfinanzierung, die den Hochschulen die ausfallenden Studiengebühren ersetzt, durch die NRWSPD eingebracht werden. Auch Hochschulen, die bisher keine Gebühren erhoben haben, sollen von der Gegenfinanzierung profitieren.

Wir fordern, dass die Gegenfinanzierungsvorschläge, welche die NRW Jusos bereits im April an die Partei weitergeleitet haben, ernsthaft und wohlwollend zur Abschaffung der Gebühren zum Sommersemester geprüft werden. Gerade das von der NRW.Bank treuhänderisch verwaltete Sondervermögen des Landes NRW, der so genannte Studiengebührenausschüttungsfonds, scheint uns dabei hervorragend geeignet, um Studiengebühren bereits früher als derzeit kommuniziert abzuschaffen. Dieser Ausschüttungsfonds wurde von den Studierenden selbst aufgebaut, in der Rücklage befinden sich mindestens 129.250.000 Euro (es dürften aber inzwischen fast 200 Millionen sein). Das reicht vollkommen aus, um ein Semester Studiengebühren gegen zu finanzieren und damit die Abschaffung der Gebühren auf das Semester 2011 vorzuziehen. Aber auch die Abschmelzung der von den Hochschulen in Rücklagen „gebunkerten“ Studiengebühren und viele andere von uns vorgeschlagene Maßnahmen können die geplante Abschaffung und Gegenfinanzierung für das Sommersemester seriös möglich machen.

B 5

BAFÖG ERHÖHEN, ELITE-STIPENDIEN ABSCHAFFEN, KLIENTELPOLITIK BEENDEN!

Die NRW Jusos fordern die NRWSPD auf, alle möglichen Schritte gegen das am 9. Juli von Schwarz-Gelb durch den Bundesrat gedrückte „nationale Stipendienprogramm“ zu unternehmen, mit dem Ziel der Abschaffung dieses Elite-Stipendiensystem. Die Landesregierung muss hier Bestrebungen im Bundesrat unternehmen und die Landesgruppe im Bundestag wird ebenfalls aufgefordert ihr möglichstes zu tun, um das nationale Stipendienprogramm zu kippen.

Auf der anderen Seite wurde die geplante und dringend nötige BAföG-Erhöhung in den Vermittlungsausschuss zwischen Bundestag und Bundesrat vertagt. Neben der perspektivischen Ausrichtung auf eine elternunabhängige Studienfinanzierung fordern wir dazu auf, die unbedingt nötige Erhöhung mit allen Mitteln zu erreichen.

Außerdem fordern wir alle Gliederungen dazu auf, auf die Klientelpolitik der Bundesregierung aufmerksam zu machen. Vornehmlich junge Menschen aus wohlhabenden Familien zu fördern und stattdessen der Masse der Studierenden das BAföG zu versagen ist ein handfester Skandal. Auch wir werden unser möglichstes tun, die Öffentlichkeit über diese Politik zu informieren.

B 7

LEHRAMTSAUSBILDUNG ANPASSEN!

Das dreigliedrige Schulsystem hat in Deutschland lange Zeit Bestand gehabt. Die unterschiedlichen Reformen in den einzelnen Landesteilen zeigen aber, dass es in Zukunft in allen Bundesländern andere Schulstrukturen geben wird, sei es ein zweigliedriges System nach der Grundschule oder ein horizontales System, in welchem die Schülerinnen und Schüler nach der Primarschule auf eine Schule des Sekundarbereichs wechseln und anschließend gegebenenfalls eine gymnasiale Oberschule besuchen. Verschiedene Ursachen lassen sich dafür heranziehen. Zum einen will man im Anschluss an internationale Bildungstests den Schwächen des deutschen Schulsystems entgegenarbeiten, zum anderen werden in vielen Regionen die Auswirkungen des demografischen Wandels durch die Schulreformen aufgefangen.

Auch in NRW werden die Weichen für eine veränderte Schulstruktur gestellt. Die neue Landesregierung hat beschlossen, dass den Gemeinden die Möglichkeit gegeben wird, Gemeinschaftsschulen zu gründen, die integrativ mindestens bis zur fünften Klasse unterrichten und die Trennung von ‚Begabungsformen‘ in drei unterschiedliche Schulformen zumindest bis zur siebten Klasse aufheben soll.

Die Reformen sind gut und wichtig, sind aber vor allem äußerliche Veränderungen der Schulstruktur. Wichtig für eine gelungene Bildungskarriere der Schülerinnen und Schüler ist aber vor allem, welche Lehrerinnen und Lehrer ihnen auf ihrem Weg begegnen. Diese werden in Zukunft in Schulen unterrichten, die mit den ehemals Leistungs- und sozioökonomisch homogenen Schulen der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts wenig gemeinsam haben. Die Schülerinnen und Schüler werden, wenn die Reformen durchgesetzt werden können, unabhängig von ihrer kulturellen und religiösen Herkunft, der Ausbildung und Tätigkeit ihrer Eltern und ihren individuellen Leistungen und Fähigkeiten gemeinsam in einer Klasse unterrichtet werden. In den Ballungszentren in NRW kommt hinzu, dass ein Großteil der Schülerinnen und Schüler einen Migrationshintergrund hat, was zu veränderten Ausgangsbedingungen beim Spracherwerb führt und neue pädagogische Konzepte erfordert. Darüber hinaus wird in der neuen Schulform ein demokratisches, offenes und tolerantes Miteinander erforderlich sein, um optimale Lernbedingungen garantieren zu können. Es ist also unerlässlich die Lehramtsausbildung den veränderten Bedingungen anzupassen und die zukünftigen Pädagogen und Pädagoginnen konsequenter als bisher auf ihre Aufgaben in einer heterogenen, multilingualen und inklusiven Schulgemeinschaft vorzubereiten.

Die Jusos NRW fordern deshalb:

1. Wir brauchen in NRW eine einheitliche Lehramtsausbildung. Zurzeit haben die einzelnen Universitäten in NRW unterschiedliche Antworten auf die Bologna-Anforderungen gefunden, so dass die neuen Bachelor/Master Studiengänge für das Lehramt in ihrer Modularisierung und in ihren Pflichtveranstaltungen uneinheitlich sind. Da angehende Lehrerinnen und Lehrer jedoch nicht unbedingt vor Ort ihr Referendariat machen, geschweige denn auch ihren späteren Beruf dort ausüben werden, wo sie ihre Ausbildung gemacht haben, sind landesweit einheitlich Standards sinnvoll. Wir brauchen darüber hinaus eine Lehramtsausbildung, die der zukünftigen Schulstruktur angepasst ist und keine Unterscheidung mehr in Haupt- und Realschullehramt oder das Lehramt für die gymnasiale Oberstufe macht. Das neue LABG, welches 2011 in Kraft tritt, nimmt zwar eine Angleichung der Studiengänge vor und stellt mit dem Praxissemester einen neuen Praxisbezug her, jedoch reichen diese Maßnahmen bei weitem nicht aus.

Wir fordern also, dass es ein Grundkonzept für alle Universitäten in NRW gibt, welches auch für die Schulformen grundsätzlich gleich aufgebaut ist und neben fachwissenschaftlichen und fachdidaktischen Veranstaltungen auch methodische Schwerpunkte umfasst:

1.1 Für Lehrerinnen und Lehrer ist eine geschulte Stimme genauso wichtig wie für SchauspielerInnen und SynchronsprecherInnen, trotzdem erhalten sie während ihrer Ausbildung kaum oder

gar keine Unterstützung in dieser Hinsicht. Deswegen sollen zur zukünftigen Lehramtsausbildung verpflichtend Veranstaltungen aus den Bereichen ‚Rhetorik‘, ‚Stimmbildung und Sprechkompetenz‘ und ‚Gesprächsführung‘ gehören.

1.2 Die pädagogische Ausbildung muss die Lehrerinnen und Lehrer auf die Heterogenität der Schule vorbereiten. Zu diesem Zweck sollten während der Lehramtsausbildung auch Veranstaltungen verpflichtend sein, die sich mit den Themenbereichen ‚integratives Lernen‘ und ‚Methoden der individuellen Förderung in heterogenen Lerngruppen‘ befassen. Nur so kann gewährleistet werden, dass alle zukünftigen Lehrerinnen und Lehrer ihre Aufgaben in einer inklusiven Schule erfüllen können.

1.3 Um die Lehrerinnen und Lehrer auf die verschiedenartigen Zusammensetzungen ihrer Schülerschaft vorzubereiten, sollen darüber hinaus Veranstaltungen obligatorisch sein, in denen sie lernen, in schwierigen Situationen mit Schülerinnen und Schülern zu reagieren. Außerdem sollen Veranstaltungen aus den Bereichen ‚demokratische Schule‘ und ‚politische Bildung‘ zur Ausbildung gehören, da die Schule der Ort ist, an dem die Teilhabe an der Demokratie und den gesellschaftlichen Prozessen geschult werden soll.

1.4 Da gesellschaftliche Teilhabe mehr und mehr auch im Internet stattfindet, muss auch in der Lehramtsausbildung die Medienkompetenz der angehenden Lehrerinnen und Lehrer geschult und verbessert werden. Dabei soll nicht nur der Umgang mit verschiedenen Medien, sondern auch eine Sensibilisierung für die enormen Möglichkeiten und Gefahren des WWW vermittelt werden.

1.5 Da Schule heute einem System aus Leistungskontrollen und Evaluation unterliegt, sollten Lehrerinnen und Lehrer frühzeitig die verschiedenen Verfahren kennenlernen. Deswegen sollten zu einer neuen Lehramtsausbildung auch Veranstaltungen im Bereich Schulentwicklung und Evaluation gehören, um Lehrerinnen und Lehrer frühzeitig auf zusätzliche Aufgaben vorzubereiten.

2. In den fachdidaktischen Modulen der Lehramtsausbildung wird häufig Fachdidaktik um ihrer selbst Willen betrieben. Diese Praxis bringt aber keinen Lernerfolg im Sinne einer didaktischen Reduktion des Fachwissens und der Vermittlung von Fachinhalten. Fachdidaktik muss daher immer an konkreten Anwendungsfällen gelehrt werden, um so gleichermaßen fachwissenschaftliche und fachdidaktische Kompetenzen zu stärken

3. Um das in der Universität vermittelte Wissen nicht zu verlernen und vor allem um die neuesten wissenschaftlichen Erkenntnisse sowohl auf fachlicher, wie auch auf pädagogischer und entwicklungspsychologischer Ebene zu vermitteln, sollte gewährleistet sein, dass Lehrerinnen und Lehrer auch nach ihrer Erstausbildung an der Universität in einem ständigen Bildungsprozess stehen. Um das gewährleisten zu können, sollte es verpflichtende Fortbildungen geben, die die genannten Bereiche auch während des Berufs wieder aufgreifen.

4. Supervision ist in vielen beruflichen Bereichen heute schon Normalität, vor allem dort, wo Menschen miteinander arbeiten und andere Menschen in ihrem Leben begleiten. Umso erstaunlicher ist es, dass es im Bereich Schule bis heute nicht zur Alltäglichkeit gehört, obwohl bewiesenermaßen gerade Lehrerinnen und Lehrer verstärkt unter Bourn-Out und Depressionen leiden. Die Möglichkeit zur Supervision, die sich „konstruktiv mit Erlebnissen, Problemen, Konflikten und Fragen aus dem beruflichen Alltag“¹ auseinandersetzt, sollte auch im Schulalltag einen festen Bestandteil einnehmen.

B 8

REFERENDARIAT OHNE (ZULASSUNGS-) BESCHRÄNKUNG – BILDUNGSSACKGASSEN VERHINDERN!

Wir fordern die Landesregierung auf, allen Studierenden mit einem abgeschlossenen Lehramtsstudium genügend Plätze für ein Referendariat zur Verfügung zu stellen und eine Zulassungsbeschränkung für die Vergabe der Plätze per Numerus Clausus für alle Schulformen abzuschaffen.¹ Zudem sollen die Sperrzeiten für ReferendariatsbewerberInnen, die nach Zulassung – aus welchem Grund auch immer – ein Referendariat nicht angetreten haben, abgeschafft werden.

Der Arbeitskreis ganzheitliche Bildung wird damit beauftragt dieses Thema zu behandeln. Dabei soll das Ziel verfolgt werden für das beschriebene Problem mögliche Lösungswege zu entwickeln.

FREIHEITSRECHTE / DIGITALES LEBEN

F 1	Novelle des Jugendmedienschutz-Staatsvertrages ablehnen!	29
F 2	EU-Daten zurück in die Hände der EU-BürgerInnen!	30
F 3	Die Volkszählung 2011 ist verfassungswidrig und in dieser Form abzulehnen	31
F 4	Kennzeichnungspflicht für PolizistInnen	33

F 1

NOVELLE DES JUGENDMEDIENSCHUTZ- STAATSVERTRAGES ABLEHNEN!

Die SPD-Fraktion im Landtag von Nordrhein-Westfalen wird aufgefordert, die am 10. Juni 2010 von den MinisterpräsidentInnen der Länder unterzeichnete Novelle des Jugendmedienschutz-Staatsvertrag (JMStV) abzulehnen und nicht zu ratifizieren. Außerdem wird die Landtagsfraktion der NRWSPD dazu aufgerufen gemeinsam mit den Grünen im Landtag offensiv eine Mehrheit gegen die Ratifizierung der Novelle zu organisieren. Die Landesregierung wird aufgefordert das in ihrer Macht stehende gegen die Novelle des JMStV zu tun.

Alle Juso-Gliederungen werden gleichermaßen aufgefordert, mit den Landtagsabgeordneten vor Ort Gespräche zu führen und sie auf die Problematik hinzuweisen.

F 2

EU-DATEN ZURÜCK IN DIE HÄNDE DER EU-BÜRGERINNEN!

Die ParlamentarierInnen aller sozialdemokratischen und sozialistischen Parteien im EU-Parlament werden aufgefordert, einen Antrag zur Kündigung des SWIFT-Abkommens in das Parlament einzubringen. Um dem Willen der EU-Staaten zu untermauern, aus dem jetzige Abkommen schnellstmöglich auszusteigen, ist das aktuelle SWIFT-Abkommen noch in 2010 zu kündigen. Mit Ablauf des Abkommens nach der Kündigungsfrist, wird der Nutzen des Transfers von Bankdaten zu Zwecken der Terrorfahndung von Seiten des EU-Parlaments wissenschaftlich untersucht. Sollte nach dieser Untersuchung festgestellt worden sein, dass der Transfer von Bankdaten in die USA einen tatsächlichen und beweisbaren Nutzen für die Verhinderung von Terroranschlägen hat, so sind das EU-Parlament und die Mitgliedsstaaten beauftragt, ein neues Verfahren zu entwickeln. Dieses Verfahren muss sich an europäischen Datenschutz-Maßstäben messen und von EU-Behörden kontrolliert werden. Dazu gehört für uns vor allem eine Weitergabe von Daten, die unter keinen Umständen vorbehaltlos erfolgt, sondern sich auf einen begründeten Verdacht stützen muss, um die Unschuldsvermutung nicht auszuhöhlen. Dieser Verdacht ist richterlich zu bestätigen. Aber auch Aspekte der Nachvollziehbarkeit über die Weitergabe von Daten für die BürgerInnen und eine Informationspflicht der Behörden gegenüber Betroffenen halten wir für unverzichtbar.

F 3

DIE VOLKSZÄHLUNG 2011 IST VERFASSUNGSWIDRIG UND IN DIESER FORM ABZULEHNEN

Der Bundesvorstand wird gebeten, durch die Bundesgremien, alle rechtlichen Mittel gegen eine Vollerfassung bei der Volkszählung 2011 prüfen zu lassen.

Die große Koalition beschloss mit dem Zensusgesetz 2011 eine Volkszählung, die in wesentliche Grundrechte, wie dem Recht auf informationelle Selbstbestimmung eingreift und damit weit über das hinausgeht, was für eine Volkszählung eigentlich notwendig wäre. Anders als die Volkszählung aus dem Jahr 1987 sollen vor allem die Daten der Meldeämter und der Bundesagentur für Arbeit zusammengeführt werden. Diese werden mit Daten aus einem neu erstellten Wohnregister zusammengeführt, zusätzlich findet eine ausführliche Befragung von 10 Prozent aller Bürger statt. Eine Möglichkeit, sich gegen die Erhebung seiner Daten zu wehren gibt es nicht, da ein Widerspruch nicht eingelegt werden kann.

Diese Art der Volkszählung muss als problematisch angesehen werden, da sie viele verfassungsrechtlich fragwürdige Methoden beinhaltet. So findet eine Zusammenführung sensibler Daten ohne Einwilligung der Betroffenen statt. Dadurch werden Personenprofile erstellt, die Begehrlichkeiten wecken. Die Datenskandale der vergangenen Zeit haben gezeigt, dass Missbrauch und Zweckentfremdung von Daten keine theoretischen Szenarien sind, sondern reale Gefahren, die immer mit einer zentralen Erfassung sensibler Daten einhergehen. Durch die geforderte Angabe des Religionsbekenntnisses geht das Zensusgesetz zudem über den von der EU geforderten Umfang hinaus und ermöglichte damit zum Beispiel eine gezielte Erfassung aller in Deutschland lebenden Muslime. Ein weiteres Problem ist die Zuordnung der Daten über eine Personenkennziffer. Eine eindeutige Ordnungsnummer hat das Bundesverfassungsgericht in diesem Zusammenhang 1983 eindeutig verboten.

Die Volkszählung erfolgt in einem Drei-Stufen-Prozess: Zunächst werden von allen Meldeämtern, der Agentur für Arbeit und der nach dem Finanz- und Personalstatistikgesetz auskunftspflichtigen Stellen Daten gesammelt, zusammengeführt und über Ordnungsnummern miteinander verknüpft. Dann werden alle Besitzer von Wohn- und Gebäudeeigentum befragt. In einem dritten Schritt werden wahrscheinlich Volkszähler herumgehen und auf ein sofortiges Ausfüllen des Fragebogens drängen. Damit soll eine repräsentative Stichprobe von bis zu 10 % des ermittelten Personenkreises genommen werden. Bei Weigerung kann ein Bußgeld von bis zu 5.000 € verhängt werden.

Das Zensusgesetz ist auf eine EG-Richtlinie zurückzuführen, die vorschreibt, dass im Jahr 2011 in allen EU-Mitgliedstaaten Volkszählungen durchzuführen sind. Die Richtlinie gibt dabei einen Satz von zu erhebenden Basisdaten vor, regelt jedoch nicht die nähere Ausgestaltung der nationalen Gesetze. Die Daten sind an die europäische Statistikbehörde EUROSTAT zu übermitteln und dienen als Grundlage politischer Entscheidungen.

Die Verfassungsbeschwerde gegen die Volkszählung haben bisher mehr als 10.000 Menschen unterstützt. Das zeigt, wie wichtig es den Bürgerinnen und Bürgern ist, der staatlichen Datensammelwut etwas entgegenzusetzen und die eigenen Daten nicht mehr widerstandslos für staatliche Zwecke preiszugeben. Die Datenskandale der vergangenen Zeit haben die Menschen in unserem

Land dafür sensibilisiert, mit ihren Daten sparsam umzugehen und eine Nutzung nur in anonymisierter Form zuzulassen. Diese sich langsam verändernde Haltung zum Umgang mit persönlichen Daten gilt es zu respektieren und zu unterstützen, da wir angesichts der fortschreitenden digitalen Entwicklung heute noch nicht absehen können, was in einigen Jahren mit den Unmengen gespeicherter Daten technisch möglich sein wird.

Die Jusos bekennen sich zu den Freiheitsrechten, wie sie in unserer Verfassung verankert sind. Dazu gehört auch das Recht jedes Einzelnen, selber über seine Daten bestimmen zu können und die Pflicht des Staates, nur zwingend notwendige Daten zu speichern und diese besonders zu schützen. Es kann deshalb nicht sein, dass im Rahmen von Zwangsbefragungen Daten, die über das notwendige Maß hinausgehen, gesammelt und zusammengeführt werden. Ein selbstbestimmter Umgang mit den eigenen Daten ist damit genau so unmöglich, wie ein wirksamer Schutz vor Missbrauch der Datensammlung. Die Jusos fordern deshalb eine Aussetzung der Volkszählung und eine Überarbeitung des Gesetzes.

F 4

KENNZEICHNUNGSPFLICHT FÜR POLIZISTINNEN

Wir fordern die Einführung einer im Dienst stets verpflichtend zu tragenden Kennzeichnung für alle PolizistInnen in Nordrhein-Westfalen und alle PolizistInnen, die im Rahmen der Amtshilfe in NRW eingesetzt werden. Diese Kennzeichnung muss zum Schutz der Persönlichkeitsrechte der PolizistInnen durch eine einfach zu merkende Zahlen- bzw. Buchstabenkombination erfolgen.

INITIATIVANTRÄGE

I 1	Auszubildende müssen Anspruch auf Bildungsurlaub haben!	36
I 2	Kein Fussbreit den Rassisten – Sarrazin muss gehen!	37
I 3	Am Kohle-Konsens festhalten! Kein vorzeitiger Ausstieg aus der Steinkohlesubventionierung!	38
I 4	Anforderungen der NRW Jusos für eine soziale und gerechte Politik in NRW	39
I 5	Landeskonferenz	41

I 1

AUSZUBILDENDE MÜSSEN ANSPRUCH AUF BILDUNGSURLAUB HABEN!

Die NRW Jusos unterstützen das Anliegen der DGB-Jugend im Arbeitnehmerweiterbildungsgesetz (AWbG) die Anspruchsberechtigten auf Auszubildende zu erweitern. Dazu ist es unerlässlich, dass im Gesetz festgehalten wird, dass auch Auszubildende mit eingetragendem betrieblichem Ausbildungsverhältnis in Nordrhein-Westfalen anspruchsberechtigt im Sinne des AWbG sind. Die NRW Jusos rufen die Landtagsfraktion der NRWSPD dazu auf die Erweiterung des AWbG in diesem Sinne in den Landtag einzubringen, dieser zuzustimmen und für eine Mehrheit zu werben.

12

KEIN FUSSBREIT DEN RASSISTEN – SARRAZIN MUSS GEHEN!

Die Diskussion um die neuen Thesen Thilo Sarrazins beschäftigen Medien und Gesellschaft im Sommerloch seit Wochen. Bundesbank und SPD taten sich anfangs schwer mit der Abgrenzung zum selbsternannten Provokateur.

Wir Jusos haben uns stets von Sarrazins Äußerungen distanziert und bereits anlässlich seiner „Vorschläge“, wie sich ALG II-EmpfängerInnen von weniger als vier Euro pro Tag ernähren können, die er noch als amtierender Berliner Finanzsenator unter die Bevölkerung brachte, deutlichen Unmut geäußert. Zudem befürwortete Sarrazin eine mit Ausnahme von Hochqualifizierten restriktive Einwanderungspolitik und den Abbau von Transferleistungen. Heftige Reaktionen riefen Sarrazins Äußerungen zur Wirtschafts- und Migrationspolitik Berlins hervor, die im September 2009 in *Lettre International* publiziert worden waren. Darin bezeichnete er große Teile der arabischen und türkischen EinwanderInnen als weder integrationswillig noch integrationsfähig. Die Äußerungen Sarrazins wurden unter anderem vom Vorsitzenden des Innenausschusses des Deutschen Bundestages, Sebastian Edathy (SPD), dem Paritätischen Wohlfahrtsverband, der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di und dem Politikwissenschaftler Gerd Wiegel kritisiert. Unterstützt wurde Sarrazin unter anderem von Hans-Olaf Henkel, Ralph Giordano, Peter Sloterdijk, der Sozialwissenschaftlerin und Frauenrechtlerin Necla Kele. NPD und DVU erklärten bereits damals, sie fühlten sich durch Sarrazins Thesen bestätigt. Damals scheiterte ein Parteiordnungsverfahren.

Warum tut sich die SPD so schwer damit, einzelne Meinungen von Mitgliedern, die bereits klar gegen die eigenen Grundsätze von Freiheit, Gleichheit und Solidarität verstoßen, von der Partei abzugrenzen? Selbstverständlich stehen wir für Meinungsfreiheit und Meinungsvielfalt, auch und vor allem innerhalb der Partei. Doch rassistische und beleidigende Äußerungen, wie sie Sarrazin getätigt hat und an diesen festhält, haben mit Diskussionskultur und Meinungsvielfalt nichts zu tun, sie gehen weit über das erträgliche Maß hinaus. Auch hier gilt: Rassismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen!

Sarrazin selbst beruft sich auf das hohe Gut der Meinungsfreiheit. Doch immer dort, wo sich unter dem Deckmantel der Meinungsfreiheit Rassismus, Antisemitismus, Ausländerfeindlichkeit und Beleidigung tarnen, muss dies klar benannt werden. Diese Tendenzen sind mit der Sozialdemokratie unvereinbar. Es ist schlicht unerträglich, dass solche Tendenzen von einem SPD-Mitglied angeblich wissenschaftlich in den luftleeren Raum geblasen werden und Sarrazin nun Gesellschaft und Politik einlädt, seine Thesen zu widerlegen.

Bereits jetzt ist eine Rufschädigung nicht von der Hand zu weisen – zu langsam und ungenau bewegt sich die SPD in der Sarrazin-Frage. Wir Jusos wollen nicht länger das Parteibuch mit einem Mann teilen, der das ernste Thema Integration benutzt, um mit statistischem 1 x 1 und viel Polemik den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu gefährden und damit auch noch Geld verdient. Sarrazin ist kein mutiger Enttarnen fehlender Konzepte bei den Volksparteien in Sachen Integration. Wir sprechen Sarrazin das Ziel ab, einen konstruktiven Beitrag zur Meinungsbildung und Positionsbildung zu leisten. Er hetzt Menschen gegeneinander auf!

Wir fordern den SPD-Parteivorstand auf, das eingeleitete Parteiordnungsverfahren gegen Sarrazin unverzüglich und mit größt möglicher Transparenz zu bearbeiten. Zudem fordern wir eine Rückkehr zu einer sachlichen und seriösen Debatte in der Integrationspolitik.

AM KOHLE-KONSENS FESTHALTEN! KEIN VORZEITIGER AUSSTIEG AUS DER STEINKOHLE- SUBVENTIONIERUNG!

Die NRW Jusos lehnen den Vorschlag der Europäischen Kommission zum vorzeitigen Ende von Steinkohlesubventionen in der EU ab 2014 entschieden ab. Durch diesen Vorschlag wird der deutsche Steinkohlekompromiss aus dem Jahr 2007 konterkariert und die Arbeitsplätze von über 53.700 Beschäftigten in NRW gefährdet. Wir wehren uns dagegen, dass der unter großen Anstrengungen zwischen Bundesregierung, Bundesländern, Wirtschaft und Gewerkschaften erzielte Konsens durch den EU-Ministerrat aufgehoben wird. Aus diesem Grund fordern wir die verantwortlichen Gremien der NRW- und Bundes-SPD dazu auf, darauf hinzuwirken, dass sich Deutschland im EU-Ministerrat mit Nachdruck gegen den Vorschlag der EU-Kommission ausspricht.

I 4

ANFORDERUNGEN DER NRW JUSOS FÜR EINE SOZIALE UND GERECHTE POLITIK IN NRW

Das Ergebnis der Landtagswahl 2010 hat die NRWSPD nach einer Legislaturperiode in der Opposition wieder befähigt, in unserem Bundesland Politik umzusetzen. Viel Vertrauen musste im Wahlkampf bei den Wählerinnen und Wählern zurückgewonnen werden, um überhaupt in der Lage zu sein, wieder bei der Regierungsbildung mitreden zu können. So sehr wir dieses Ergebnis auch mit allen Genossinnen und Genossen gefeiert haben, so klar müssen wir auch sagen, dass wir in der Vergangenheit auch schon mehr Grund hatten, in NRW ein Wahlergebnis zu feiern. Knapp daneben ist auch vorbei – wir sind nicht stärkste Kraft in NRW, haben somit nicht das erreicht, was eines unserer erklärten Ziele war. Für uns Jusos ist das Grund genug, Partei und Fraktion daran zu erinnern, dass wir mit der Bildung der Minderheitenregierung nicht in ruhigem Fahrwasser treiben – die Arbeit von allen Gliederungen und Mandatsträgerinnen und -trägern muss danach streben, Mehrheiten für die eigenen Positionen zu finden und diese langfristig zu festigen.

Der rot-grüne Koalitionsvertrag bietet inhaltlich einige gute Ansätze und Projekte, unter ihnen auch Juso-Impulse wie die Rücknahme der Kürzungen beim Kinder- und Jugendförderungsgesetz, mehr Flexibilität bei der Dauer von Bachelor-Studiengängen oder den verantwortlicher Umgang mit dem doppelten Abiturjahrgang. Gut so – denn niemand wird bestreiten wollen, dass wir mit unserem eigenständigen Wahlkampf und unseren Themen erheblich zum Vertrauensgewinn der NRWSPD im vergangenen Wahlkampf beigetragen haben. Wir haben mit vollem Einsatz für die Abwahl von Schwarz-Gelb gekämpft und die Partei hat es uns zu einem nicht unerheblichen Teil zu verdanken, dass sie nun in Regierungsverantwortung steht. Somit ist es nur folgerichtig, dass sich auch Anforderungen der Jusos im Koalitionsvertrag wiederfinden.

Doch leider wurden die meisten unserer wichtigen und richtigen Inhalte nicht übernommen, viele Forderungen gingen zwischen Wahlprogramm der NRWSPD und Koalitionsvertrag der rot-grünen Regierung verloren wie beispielsweise die gesetzliche Regelung von Praktika oder die Abschaffung der Gesinnungstests. So oder so werden wir uns nicht mit einigen wenigen Positionen auf geduldigem Koalitionsvertragspapier zufrieden geben. Wir werden weiterhin für unsere Anliegen, die es nicht in den Vertrag geschafft haben, kämpfen und neue Positionen erarbeiten. Es wären schließlich nicht die ersten Juso-Ideen, die erst nach längerer Zeit von der SPD übernommen werden.

Es ist für uns unabdingbar, dass NRW die Energiewende federführend einleitet und als Region für Energieeffizienz, Netz- und Speichertechnologie und der entsprechenden Forschung in Europa steht. Ohne wenn und aber braucht es dafür eine Landesregierung, die eine dezentrale Energieversorgung durch die kommunalen Stadtwerke, Privathaushalte und die Landwirtschaft mit gesetzlichen Rahmenbedingungen und Investitionen in die Forschung unterstützt.

Wir erwarten von den beiden Bildungsministerien eine konsequent aufeinander aufbauende Zusammenarbeit, um den Bildungsbereich ganzheitlich zu reformieren. Das bedeutet für uns bedingungslose Kostenfreiheit, den Mut längeres gemeinsames lernen flächendeckend umzusetzen, eine gesetzliche Masterplatzgarantie und eine Demokratisierung des Bildungsbereichs, die ihren Namen verdient.

Ein weiterer wichtiger Punkt ist und bleibt für uns Jusos die organisatorische Neuausrichtung der SPD.

Diese Ausrichtung bedeutet für uns, dass wir angemessene Partizipationsformen innerhalb der NRWSPD einfordern. Bereits im Vorfeld der Landtagswahl hat die Vorsitzende den wachsenden Unmut der sogenannten Basis erkannt und den Versuch unternommen, durch eine Änderung der Verfahrens- und Diskussionskultur zu erreichen, dass sich die Mitglieder der NRWSPD besser bei der Erstellung des Wahlprogramms und des Koalitionsvertrags mitgenommen fühlten. Wir möchten diese Versuche zu Verfahren etablieren, um mit geeigneten Formen der Mitgliederbeteiligung Fehler von früher zu verhindern.

Nur, weil die NRWSPD jetzt wieder in Regierungsverantwortung ist, ist damit nicht das Ziel erreicht, die Partei zu reformieren. Wer sich nun einzig und allein staatstragend auf das Alltagsgeschäft konzentriert, hat nicht nur die nächsten Wahlen bereits verloren, sondern auch die Chance verpasst, die Sorgen und Probleme der Menschen in NRW mit guter, nachhaltiger Politik zu mindern.

Es kommt für eine progressive Politik und einen guten politischen Neubeginn nur wesentlich stärker darauf an, für politische Ideen zu werben und breite gesellschaftliche Teile für Projekte zu begeistern. Wir sind davon überzeugt, dass eine Minderheitenregierung dauerhaft nur mit großer außerparlamentarischer Mehrheit erfolgreich arbeiten kann. Unseren Beitrag dazu wollen wir leisten. Bereits mit unserem neuen Arbeitsprogramm haben wir uns darauf eingestellt – wir werden die NRWSPD und die anderen Parteien ständig an die Bedürfnisse der jungen Menschen in NRW erinnern und für eine kritische Begleitung der Landespolitik sorgen. Viele von uns haben jetzt zum ersten Mal die Möglichkeit, ihre Politikvorstellungen nicht an eine abstrakte politische Landschaft und eine opponierende SPD zu richten, sondern an eine NRWSPD in Regierungsverantwortung.

Wir werden Entscheidungsprozesse enger begleiten, unsere Kontakte und den Informationsaustausch mit der NRWSPD erhöhen und die Regierungspolitik genau verfolgen. Unsere Arbeitskreise werden thematisch an der Landespolitik ausgerichtet, was für uns bedeutet, dass die Arbeitskreise die konkrete Arbeit der ihnen thematisch zugeordneten Ministerien und Landtagsausschüsse genau beobachten. Wir erwarten von der SPD-Landtagsfraktion, dass sie sich auf Impulse von außen einlässt und somit die Beratungsresistenz in einigen Bereichen der Vergangenheit angehört.

I 5

LANDESKONFERENZ

Die Juso Landeskonferenz NRW erklärt sich solidarisch mit allen Antifaschistinnen und Antifaschisten, die zur Zeit in Dortmund gegen den ‚Nationalen Antikriegstag‘ der Autonomen Nationalisten auf die Straße gehen.

Heute wird in Dortmund ein eindrucksvolles Zeichen gegen Rassenhass und für Demokratie und Vielfalt gesetzt. Dortmund gehört den Demokraten und nicht den ewiggestrigen Rechtsnationalisten.

Um gemeinsam und mit voller Kraft als nordrheinwestfälische Jungsozialistinnen und Jungsozialisten an den Demonstrationen teilzunehmen, werden in Zukunft am ersten September Wochenende keine anderweitige Veranstaltungen der NRW Jusos, insbesondere keine Landeskonferenz, stattfinden.

Für ein demokratisches, vielfältiges und tolerantes NRW!

MIGRATION / INTEGRATION / ANTIDISKRIMINIERUNG

M 1	Gesinnungstest endlich abschaffen!	45
M 3	Ende mit der Kettenduldung	46
M 4	Finanzierung Beratungsstellen gegen Rechtsextremismus	47
M 5	Breiten Beschluss zu Wahlrecht für Nicht-EU-Bürgerinnen und Nicht-EU-Bürger in NRW fassen	48

M 1

GESINNUNGSTEST ENDLICH ABSCHAFFEN!

Die NRW Jusos fordern die NRWSPD, vor allem die Landtagsfraktion und die Regierung, vor allem den Innenminister, dazu auf den Erlass „Überprüfung von Sicherheitsbedenken bei Aufenthalten nach dem Aufenthaltsgesetz“ vom 11. Juli 2007 sofort abzuschaffen! Alle bereits gespeicherten Daten sind unverzüglich zu löschen. Die Diskriminierung und Einschränkung der Freiheit durch den so genannten Gesinnungstest müssen endlich beendet werden. Das erkannten NRWSPD und Grüne NRW bereits in ihren Wahlprogrammen uneingeschränkt an, beide forderten die Abschaffung des Testes. Nun müssen umgehend Taten folgen, eine Evaluierung des diskriminierenden und bundesweit mit Abstand am weitestgehenden Machwerkes ist vollkommen unzureichend!

M 3

ENDE MIT DER KETTENDULDUNG

In Deutschland leben über 200.000 Menschen, in NRW über 60.000 Menschen mit dem Aufenthaltsstatus der Duldung. Diese Menschen sind wegen Krieg und/oder Verfolgung aus ihrer Heimat geflohen.

Viele dieser Menschen leben mittlerweile seit acht oder mehr Jahren in Deutschland. Ihre sozialen Kontakte finden sie nicht mehr in ihrer alten Heimat, sondern hier in Deutschland. Ein Großteil der jüngeren Geduldeten sprechen nicht die Sprache ihres Flüchtlingslandes, sie sind hier zur Schule gegangen und haben ihre Freunde hier. Dennoch sollen sie weiterhin jederzeit abgeschoben werden können, obwohl sie in Deutschland bleiben wollen. Sie wollen hier lernen, arbeiten und leben. Ihr Duldungsstatus ermöglicht dies ihnen jedoch nicht. Die Hürden für einen dauerhaften Aufenthalt in Deutschland sind enorm hoch: So müssen sie u.a. die Bestreitung ihres eigenen Lebensunterhaltes nachweisen können. Wer geduldet ist, findet jedoch nur schwer einen Ausbildungs- oder Arbeitsplatz und kann entsprechend die notwendige Bedingung nicht erfüllen. Geduldete werden wie Menschen zweiter Klasse behandelt. Sie dürfen oftmals die Grenzen der Gemeinde und nicht die Grenze des Bundeslandes in dem sie Leben nicht übertreten, tun sie dies doch, droht ihnen die Vorbestrafung und Abschiebung.

HIER GEBLIEBEN!

Wir fordern eine Ende der Kettenduldung. Wer länger als fünf Jahre in Deutschland mit dem Status der Duldung lebt, soll zwingend eine Aufenthaltserlaubnis erhalten.

ABSCHIEBUNG UNZUMUTBAR!

Wir fordern ebenso eine Anpassung der Zumutbarkeitsregelung. Abgesehen von einer schweren Krankheit müssen „sonstige Gesichtspunkte“, die „die Ausreise unzumutbar erscheinen lassen können“ stärker auslegbar sein. Neben dem langjährigen Aufenthalt gehören auch Familienzusammenhänge dazu. Die UN-Kinderschutzkonvention wurden in Deutschland nun endlich auch für alle Kinder die hier leben anerkannt. Eine Abschiebung von Eltern oder Großeltern muss unter Berücksichtigung des Kindeswohls damit als unzumutbar eingestuft werden.

M 4

FINANZIERUNG BERATUNGSSTELLEN GEGEN RECHTSEXTREMISMUS

Die NRW Jusos beantragen, die Arbeit der in NRW ansässigen mobilen Beratungsstellen gegen Rechtsextremismus dauerhaft, durchgehend und finanziell zu unterstützen. Sollte die Finanzierung der 5 Beratungsstellen in NRW nicht vom Bund mit 500.000€ - also 100.000€ pro Beratungsstelle - pro Jahr gesichert sein, wird die Landesregierung dazu aufgefordert den Differenzbetrag oder Notfalls den vollen Betrag zu stellen.

Derzeit gibt es einige Unklarheiten bzgl. der Fortführung der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus. Hintergrund ist, dass das Bundesprogramm „Kompetent für Demokratie“ Ende Dezember 2010 ausläuft. Wichtig ist in diesem Kontext: Die Fördermittel des Programms kommen nicht vom Land NRW, sondern vom Bund. Das Programm ist angesiedelt beim Bundesfamilienministerium. Das Land NRW hat sich an der Finanzierung der Mobilen Beratung bislang nicht beteiligt, sondern lediglich die im Ministerium Generationen, Frauen, Familie und Integration angesiedelte Landeskoordinierungsstelle finanziert.

Im Moment sieht die Situation folgendermaßen aus:

- Auf Bundesebene gibt es die prinzipielle Absicht, ab 2011 ein neues Bundesprogramm gegen Rechtsextremismus aufzulegen. Unklar ist allerdings, wie die inhaltlichen Richtlinien des Programms sein werden. Es ist davon auszugehen, dass es sich am Programm „Kompetent für Demokratie“ orientieren wird, es gibt aber noch nichts Schriftliches.

- Ein wirklich ernsthaftes Problem könnte sein, dass zwar ein neues Programm aufgelegt wird, dass dieses Programm aber erst im Laufe des nächsten Jahres umgesetzt wird. D.h. es könnte eine Förderlücke zwischen dem alten Programm, das am 31.12.2010 endet, und dem neuen Programm entstehen, das möglicherweise erst einige Monate später einsetzt. Da die mobilen Beratungsstellen fast vollständig von den Bundesgeldern abhängig sind, könnte das bedeuten, dass für einen nicht-geförderten Zeitraum die Arbeit eingestellt werden müsste. Unserer Ansicht nach ist der Erfolg der mobilen Arbeit gegen Rechtsextremismus davon abhängig, dass ständige Ansprechpartner (vor allem im ländlichen Raum, wo das bürgerschaftliche Engagement häufig sehr zu wünschen übrig lässt) Vertrauen gewinnen. Dies gelingt nur durch kontinuierlich Arbeit und nicht durch die Einstellung der Tätigkeit auf unbestimmte Zeit. Wir müssen dafür sorgen, dass etwaige Finanzierungslücken seitens des Bundes, durch das Land NRW geschlossen werden.

- SPD, Grüne und auch die Linke haben in ihren Wahlprogrammen explizit ein Landesprogramm gegen Rechtsextremismus gefordert. Im Koalitionsvertrag wird auch der Bedarf an Mobilen Beratungsteams gegen Rechtsextremismus formuliert. Bislang ist es so, wie schon oben erwähnt, dass das Land unter der alten Regierung sich nicht mit Landesmitteln an der Finanzierung der Beratungseinrichtungen beteiligt hat. Das ist in anderen Bundesländern übrigens anders: Dort sind die Länder wesentlich stärker finanziell engagiert. Auf Landesebene muss eine politische Forderung daher lauten: angesichts der prekären finanziellen Situation der Mobilen Beratungsteams sich stärker als bisher mit Landesmitteln im Rahmen eines Landesprogramms gegen Rechtsextremismus zu engagieren.

Der Kampf für Toleranz und gesellschaftlichen Zusammenhalt über kulturelle und ethnische Grenzen hinweg, sollte insbesondere in sozialdemokratisch geführten Bundesländern und vor allem in NRW keine Frage des Geldes sein.

M 5

BREITEN BESCHLUSS ZU WAHLRECHT FÜR NICHT-EU-BÜRGERINNEN UND NICHT-EU-BÜRGER IN NRW FASSEN

Die Jusos NRW fordern die SPD-Landtagsfraktion auf, die Situation einer Minderheitsregierung zu nutzen um ein klares Statement von NRW zum kommunalen Wahlrecht für Drittstaatsangehörige abzugeben.

Außerdem fordern die Jusos NRW die Vertreterinnen und Vertreter im Bundesrat auf, eine gemeinsame Gesetzesinitiative im Bundesrat bald möglich zu initiieren und somit die Forderungen aus dem Koalitionsvertrag umzusetzen.

NACHHALTIGE WIRTSCHAFTSPOLITIK

N 1 Nachhaltige Wirtschaftspolitik	51
N 3 Keine Atomindustrie im Westmünsterland	53

N 1

NACHHALTIGE WIRTSCHAFTSPOLITIK

Wir NRW Jusos bekennen uns zu einer nachhaltigen Wirtschaftspolitik. Dies bedeutet für uns den angeblichen Widerspruch zwischen Ökonomie und Ökologie aufzulösen und gleichzeitig den Maßstab der sozialen Gerechtigkeit an alle politischen Entscheidungen anzulegen.

Wir NRW Jusos sind davon überzeugt, dass neben steuerlichen Umverteilungsmechanismen auch Wirtschaftswachstum notwendig ist, um sowohl individuellen Wohlstand für mehr Menschen als bislang möglich zu machen als auch um technologische Fortschritte erreichen zu können. Dieses Wachstum muss jedoch anders als bislang qualitativ und nicht nur quantitativ definiert werden. Konkret bedeutet dies, dass nur solches Wachstum von uns befürwortet wird, das eine gleichmäßigere Einkommensverteilung und einen möglichst geringen Verbrauch von sauberer Luft, sauberem Wasser, Naturflächen und Rohstoffen in Produktionsprozessen beinhaltet. Auch Bereiche wie Bildung, Freizeit, Erziehungszeit und Ehrenamt gehören für uns zu einem Wohlstandsindikator dazu. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP), welches diese Faktoren nicht berücksichtigt, kann nicht mehr Maßstab für positives Wachstum sein. Die Entwicklung und Anwendung eines neuen Indikators für nachhaltiges sozial-ökologisches Wachstum und seine Verwendung als Leitlinie in der innerparteilichen Diskussion, wird deswegen von uns nachdrücklich gefordert.

Wir NRW Jusos wollen Vollbeschäftigung erreichen. Das heißt, dass jede und jeder die Möglichkeit haben soll eine sinnvolle Arbeit aufzunehmen. Für diejenigen Menschen denen es aufgrund ihrer persönlichen Lebensumstände nicht möglich ist zu arbeiten, muss ein funktionierender, fairer Sozialstaat im Sinne gesamtgesellschaftlicher Solidarität finanzielle Unterstützung bereitstellen. In Gesellschaft und Wirtschaft gilt für uns in diesem Zusammenhang das Entscheidungsprimat von Politik und Staat. Nur die Politik ist als Akteur umfassend demokratisch legitimiert und kann den gesellschaftlichen Willen zum Wohle aller umsetzen. Gleichzeitig fordern wir eine fortschreitende Demokratisierung der Wirtschaftswelt, durch ein kritisch-konstruktives Zusammenwirken von Betriebsrat, Gewerkschaft, Unternehmensführung und, je nach Unternehmensform, auch den Aktionären. Im Sinne der Auszubildenden müssen auch die Partizipationsmöglichkeiten der Jugend- und Auszubildendenvertretungen gestärkt werden. Wirtschaftsdemokratie gehört zu unserem Verständnis einer nachhaltigen Wirtschaftspolitik zwingend dazu.

Wir NRW Jusos bekennen uns im Rahmen dieses Wirtschaftsverständnisses explizit zu einer zukunftsfähigen Industriepolitik. Die Historie unseres Bundeslandes ist eng verknüpft mit innovativer industrieller Produktion, die den Grundstein für einen breiten Wohlstand in der Bevölkerung gelegt hat. Basierend auf den Errungenschaften der Arbeiterbewegung und in enger Kooperation mit den Gewerkschaften, war die sozialdemokratische Industriepolitik immer ein Garant für soziale Gerechtigkeit und gute Arbeit. Wir verstehen es als unsere Aufgabe uns dafür einzusetzen, dass vielfältige Möglichkeiten industrieller Produktion auch im 21. Jahrhundert erhalten bleiben und ausgeweitet werden können.

Wir NRW Jusos bekennen uns gleichzeitig zu einer modernen Dienstleistungspolitik. Diese muss eine konsistente Industriepolitik im Bereich der industrienahen Dienstleistungen ergänzen und darüber hinaus positive Rahmenbedingungen im Bereich der Gesundheits-, Pflege- und Bildungsdienstleistungen sowie in der Kultur- und Kreativwirtschaft schaffen. Durch seine zentrale Lage in Westeuropa kommt zusätzlich den Verkehrs- und Logistikdienstleistungen eine wichtige Rolle zu. Diese müssen zukünftig weniger klimaschädlich gestaltet werden. Eine verstärkte Verlagerung von Gütern von der Straße auf die Schiene bleibt deshalb ein zwingendes Ziel. Auch das Handwerk zählen wir überwiegend zu den Dienstleistungen und sind uns der zentralen Rolle

der zahlreichen Handwerksbetriebe für die kommunale Wirtschaft, für Ausbildungsplätze und für gute Arbeit bewusst. Aus diesem Grund befürworten wir eine Stärkung des Handwerks in NRW durch die Politik.

Wir NRW Jusos bekennen uns ebenfalls zu einer qualitativ hochwertigen, ökologischen Landwirtschaft. Basierend auf der Überzeugung, dass in vielen Bereichen regionale Wirtschaftskreisläufe produktiver und nachhaltiger sind, wollen wir uns dafür einsetzen, dass dementsprechende Formen der Landwirtschaft – gemäß dem Willen der Verbraucherinnen und Verbraucher – gefördert werden.

Wir NRW Jusos sind der festen Überzeugung, dass eine solche Wirtschaftspolitik für Nordrhein-Westfalen nur eine Zukunft hat, wenn in allen Wirtschaftsbereichen das Primat der höchstmöglichen Energie- und Rohstoffeffizienz gilt. Je weniger Elektrizität, Wärme, Wasser, Kraftstoffe, saubere Luft und Rohstoffe für die Herstellung eines Produkts oder die Erbringung einer Dienstleistung verwendet werden, desto wettbewerbsfähiger und zukunftssicherer sind die damit in Verbindung stehenden Arbeitsplätze.

Wir NRW Jusos wissen, dass die Basis einer solchen nachhaltigen Wirtschaftspolitik eine nachhaltige Energieversorgung ist. Deswegen bekennen wir uns zum vollständigen Wandel der Energiewirtschaft hin zu erneuerbaren Energien bis zur Mitte dieses Jahrhunderts, der Entwicklung der hierfür benötigten Technologien und zu einer Stärkung der dezentralen Energieversorgung durch die kommunalen Stadtwerke, Privathaushalte und in der Landwirtschaft. Hierfür braucht es staatliche Unterstützung, gerade im Bereich der Forschung und der gesetzlichen Rahmenbedingungen. Bereits jetzt (Stand 2008) arbeiten in NRW 22.428 Menschen (ohne Querschnittsdienstleister und ohne Unternehmen mit unter 50% Geschäftsanteil in EE) in der Erneuerbare Energien Branche und erwirtschaften eine Umsatz von 6,6 Mrd. Euro.¹ Wir wollen, dass die Politik in Nordrhein-Westfalen sich dafür einsetzt, dass NRW zum führenden Standort der erneuerbaren Energien Industrie, für Energieeffizienz, Netz- und Speichertechnologien und der entsprechenden Forschung in Europa wird.

Wir NRW Jusos sind davon überzeugt, dass NRW gerade aufgrund seiner langen industriellen Geschichte und der vorhandenen Potentiale in der Gegenwart, zu einem Musterland nachhaltiger Wirtschaftspolitik werden kann. Gute Arbeit, soziale Gerechtigkeit, wirtschaftliches Wachstum und eine saubere, geschützte Umwelt bedingen einander. Diese Überzeugung wollen wir in der Bevölkerung, in der NRWSPD und bei unseren Bündnispartnern vertreten.

¹ Quelle: Internationales Wirtschaftsforum Erneuerbare Energien im Auftrag des Landesministeriums für Wirtschaft, Mittelstand und Energie des Landes Nordrhein-Westfalen: „Zur Lage der Regenerativen Energiewirtschaft in NRW 2008“, http://www.iwr.de/buch/2009/RegEW/Reg_Energiewirtschaft_NRW_2008_Kurzfassung.pdf.

N 3

KEINE ATOMINDUSTRIE IM WESTMÜNSTERLAND

Am 21. Januar 2010 hat sich in der einzigen deutschen Urananreicherungsanlage (UAA) in Gronau der bisher schwerste Störfall in der Geschichte der Anlage ereignet. In etwas, das das Unternehmen als „Behältervorbereitung“ bezeichnet, traten radioaktive Stoffe aus. Nach Angaben des Betreibers sollte ein als «leer und gewaschen» angelieferter Uranbehälter von einem Mitarbeiter für eine Druckprüfung vorbereitet werden. In der Anlage wurde das hochgefährliche Uranhexafluorid frei. Dabei wurde ein Arbeiter verstrahlt. Vom Gronauer Krankenhaus gelangte er nach Ochtrup, Münster und nun nach Jülich. In seinem Urin und Speichel wurde Uran nachgewiesen. Der Urenco-Konzern, der die Anlage betreibt, und an dem auch RWE und E.ON beteiligt sind, schweigt sich zu dem Störfall aus. Es ist nicht bekannt, wie viel Uranhexafluorid in der Anlage frei wurde und welche Mengen evtl. in die Umgebung gelangt sind. Diese Heimlichtuerei macht misstrauisch. Inzwischen ermittelt die Staatsanwaltschaft gegen Urenco. Die Urananreicherungsanlage ist seit fast 25 Jahren in Betrieb. Immer wieder gab es Störfälle. Doch der Zwischenfall vom 21. Januar hat eine neue Qualität: Erstmals wurde ein Mensch verstrahlt. Beim nächsten Störfall könnte noch mehr passieren. Uranhexafluorid ist hochgiftig. Es ist radioaktiv und reagiert mit Feuchtigkeit zu Flusssäure. Bei Freisetzungen aus der Anlage oder bei Transportunfällen müsste im Umkreis von vielen Kilometern evakuiert werden. Doch das wäre unmöglich! Schon jetzt wurde deutlich, dass bereits ein verseuchter Arbeiter Panik und Hilflosigkeit auslöst. Es gibt nur eine Konsequenz: Die Urananreicherungsanlage darf nicht weiter ausgebaut werden – sie muss stillgelegt werden, und das lieber heute als morgen! Der nächste Unfall kann für uns der letzte sein! Entsprechendes gilt für alle Atomanlagen: Atomausstieg jetzt!

Sowohl aus der Atommüll-Konditionierungsanlage der GNS in Duisburg-Wanheim wie auch aus dem Forschungszentrum Jülich soll schon in Kürze Atommüll ins Zwischenlager Ahaus im Westmünsterland transportiert werden, darunter 152 Castoren mit radioaktivem Atommüll aus Jülich. Die jetzt geplanten Atommülltransporte nach Ahaus zeigen, dass eigentlich niemand weiß, wohin mit dem Atommüll. Die Leichtbauhalle in Ahaus ist jedenfalls keine Lösung. Die geplanten Atommülltransporte sollen sowohl auf der Straße wie auf der Schiene stattfinden. Mit dem ASSE-Desaster ist die Atommüllentsorgung in Deutschland gescheitert. Bundesforschungsministerin Schavan hat erst im Januar dieses Jahres bestätigt, dass ehemalige Bergwerke als Atommüllendlager ungeeignet sind. Damit fällt auch der Schacht Konrad als mögliches Endlager aus, das eigentlich für das Zwischenlager Ahaus zuständig sein sollte. Es ist zu befürchten, dass Ahaus zum oberirdischen Endlager wird. Wir fordern von der Landesregierung in Düsseldorf ein völlig neues und tragfähiges Atommüll-Entsorgungskonzept, anstatt durch Atommülltransporte nach Ahaus Fakten zu schaffen.

Die Atomindustrie investiert jedes Jahr Millionen für Imagepflege und verbreitet Lügen über die Folgen der Atomtechnologie. Nun will sie sich den Anstrich der Klimafreundlichkeit verleihen. In Hanau ist es jedoch gelungen, mehrere Atomanlagen zu stoppen. Es ist nicht unmöglich, auch die Gronauer Atomfabrik zu stoppen. Und wenn viele Mitbürgerinnen und Mitbürger mithelfen können wir es schaffen. Deshalb schließen sich die JungsozialistInnen im Landesverband NRW den Forderungen zahlreicher gesellschaftlicher Gruppen an und fordern:

Der Betrieb der Urananreicherungsanlagen in Gronau muss gestoppt werden! Die Expansionspläne von URENCO und die Errichtung einer weiteren Anlage zur Zwischenlagerung in Gronau sind zu stoppen. Gleichzeitig muss die Einlagerung von Atommüll in der Leichtbauhalle in Ahaus im Westmünsterland beendet werden. Ahaus darf nicht zum Ablagerungsplatz einer verfehlten Energiepolitik werden, die seit Jahren nicht weiß wohin mit dem verstrahlten Müll!

Wir fordern:

Der Unfall beim URENCO Konzern in Gronau muss lückenlos und öffentlich aufgeklärt werden!

Das bereits genehmigte Uranmüll“zwischen“lager neben der Anreicherungsanlage in Gronau darf nicht gebaut werden! Auch wollen wir keinen weiteren Atommüll nach Ahaus geliefert bekommen!

Am 26. April 2010 hat sich das Reaktorunglück in Tschernobyl zum 24mal ge­jährt. Die gegenwärtigen Forderungen aus der Atomindustrie nach Laufzeitverlängerungen und Ausbau der Atom­anlagen muten angesichts der enormen Gefahren der Atomtechnologie gespenstisch und zynisch an. Während in der Ukraine und Weißrussland Millionen von Menschen mit den dramatischen Folgen des Super-GAU zu kämpfen haben, verharmlosen Atomkonzerne wie URENCO und Politiker von Union und FDP die Gefahren der Atomenergie auf unverantwortliche Weise.

ORGANISATIONSPOLITIK

- 2 Gegen den Papierwust auf Landeskonferenzen 57
- 4 Unvereinbarkeit von den „Ülkücü“ und SPD endlich feststellen 58

O 2

GEGEN DEN PAPIERWUST AUF LANDESKONFERENZEN

Der Juso-Landesvorstand und das Juso-Landesbüro werden beauftragt verschiedene Formen von papiersparenden Antragsberatungen zu prüfen und dem nächsten Landesausschuss zum Beschluss vorzulegen. Dabei darf die Benutzung eines Notebooks nicht zur Voraussetzung für die Delegierten werden.

O 4

UNVEREINBARKEIT VON DEN „ÜLKÜCÜ“ UND SPD ENDLICH FESTSTELLEN

1. Die Jusos NRW fordern den SPD-Parteivorstand sowie den Parteirat auf, einen Unvereinbarkeitsbeschluss zwischen der SPD-Mitgliedschaft und der „Föderation der Demokratischen Türkischen Idealistenverein in Deutschland e.V.“ auch genannt „Ülkücü“ („Idealisten“) oder „Bozkurt“ („Graue Wölfe“) zu fassen.

2. Die Jusos NRW fordern den Landesparteitag der SPD auf, sich dem Beschluss anzuschließen.

3. Die Jusos NRW werden aufgefordert auch auf der Juso-Bundesebene eine solche Beschlusslage herbei zu führen.

SOZIALSTAAT / ARBEITSMARKTPOLITIK

S 1	Für einen gerechten Zugang zum Arbeitsmarkt – für anonymisierte Bewerbungen	61
S3 / S5	Generation Praktikum – endlich Handeln!	63
S 6	Zeitarbeit gerechter entlohnen – Risikozuschlag für Zeitarbeit	66
S 7	Ehegattensplitting abschaffen, Ehen und eingetragene Lebenspartnerschaften gerecht besteuern	67
S 11	Solidarität mit der Gewerkschaftsjugend	68

S 1

FÜR EINEN GERECHTEN ZUGANG ZUM ARBEITSMARKT – FÜR ANONYMISIERTE BEWERBUNGEN

Teilhabe und Partizipation ist immer noch eines der wichtigsten Instrumente auf dem Weg zu einer gerechten und emanzipierten Gesellschaft. Im Sinne des Primats der Erwerbsarbeit ist die Teilhabe und Partizipation am Erwerbsleben zentral. Neben dem Finanziellen Auskommen sichert es im besten Fall Sicherheit in der Lebensplanung und stellt einen wesentlichen Weg zur gesellschaftlichen Integration dar.

Der gerechte Zugang zur Erwerbsarbeit ist jedoch noch lange nicht gesichert. Insbesondere ein diskriminierungsfreier Zugang ist nicht gegeben.

Das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz soll einen gesetzlichen Rahmen für die Bekämpfung von diskriminierender Ungleichbehandlung gesteckt. Diesen gilt es nun konsequent umzusetzen. Die Anonymisierung von Bewerbungsunterlagen ist hierbei ein wichtiger Schritt.

Andere Länder konnten bereits gute Erfahrungen mit anonymisierten Bewerbungen sammeln. Sowohl in den USA wie auch in Großbritannien ist es üblich, Bewerbungsschreiben ohne Foto abzuschicken. Anonyme Bewerbungen, ohne Hinweise auf Alter, Nationalität usw. sollen hierbei Chancengleichheit für BewerberInnen und ArbeitgeberInnen sichern. Auch in Frankreich sowie in der Schweiz wird die gesetzliche Anonymisierung von Bewerbungen angestrebt und zur Zeit in einigen ausgewählten Unternehmen getestet.

Was in anderen Ländern schon lange Gang und Gäbe ist, muss auch in Deutschland endlich umgesetzt werden. Wir brauchen einen diskriminierungsfreien Zugang zum Arbeitsmarkt. Wir brauchen anonymisierte Bewerbungen.

Gegen die Schere im Kopf

Noch immer urteilen deutscher Personaler am liebsten an Hand des Bewerbungsfotos und haben dabei Stereotype und Vorurteile im Kopf. Alltagsrassismus im Hinblick auf den „falschen“ Nachnamen, Wohnort und Hautfarbe tun ihr Übriges.

Sicher, Unternehmen schreiben sich schicke Begriffe wie „Diversity Management“ auf die Fahnen und Loben die Bereicherung, die eine vielfältige Belegschaft bietet. Trotz aller Bemühungen sind nur in den wenigsten Unternehmen gesellschaftlich repräsentative Belegschaften zu finden. Ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Frauen, Menschen mit Behinderungen, Menschen mit ausländisch klingenden Namen oder Aussehen werden jedoch noch immer systematisch diskriminiert. Studien zeigen, dass Bewerber mit nordafrikanischer Herkunft fünfmal so schlechte Chancen auf einen Job haben wie die Gesamtbevölkerung haben. Forscher der Universität Konstanz haben in einem Feldversuch über 1000 Bewerbungen auf Praktikumsstellen für Wirtschaftsstudenten verschickt. Die Bewerbungsunterlagen waren inhaltlich gleichwertig – aber per Zufall wurde ihnen jeweils ein deutscher oder türkischer Name zugeordnet. Bewerber mit türkischem Namen erhielten weniger positive Antworten.

Besondere Schwierigkeiten stellen sicherlich für Menschen, die mit Mehrfachdiskriminierung zu kämpfen haben – etwa wenn eine junge Frau türkischer Herkunft mit Kopftuch und schlechten Deutschkenntnissen einen Arbeitsplatz oder eine Wohnung nicht erhält. Dort kommen Geschlecht, Herkunft, Alter und Religion der Betroffenen als Gründe für eine Diskriminierung zusammen.

Spätestens beim Bewerbungsgespräch kommen sich Arbeitgeber und Bewerber dann doch wieder nahe. Trotz nur geringer Validität von Bewerbungsgesprächen für die Vorhersage von beruf-

lichem Erfolg möchte kaum ein Arbeitgeber auf ein persönliches Kennenlernen vor Einstellung verzichten. Eine erste Hürde ist zu diesem Zeitpunkt bereits genommen, und die „Schere im Kopf“ konnte in einer ersten Instanz ausgeschaltet werden. Und wenn man einem Menschen persönlich gegenübersteht hat schon so manches Vorurteil seine Macht verloren.

Im August 2010 startet ein Pilot-Projekt einiger großer deutscher Unternehmen, beispielsweise Procter & Gamble und LOréal, anhand welchem sie beweisen wollten, dass Selbstverpflichtungen ausreichen würden.

Aus langjähriger und leidvoller Erfahrung wissen wir jedoch: Freiwillige Selbstverpflichtungen bringen jedoch nur selten den gewünschten Effekt. Wir brauchen eine allgemeinverbindliche gesetzliche Lösung, die keine Diskriminierung aufgrund von Herkunft, Geschlecht oder körperlicher Beeinträchtigung zulässt und qualifikatorische Merkmale in den Vordergrund stellt.

Deshalb sollen folgende Punkte nicht mehr auf einen Lebenslauf oder ein Bewerbungsschreiben gehören:

- Name
- Staatsangehörigkeit
- Geschlecht
- Religion
- Alter/Geburtsdatum/Geburtsort
- Berufe der Eltern
- Foto

S3 / S5

GENERATION PRAKTIKUM – ENDLICH HANDELN!

SEIT JAHREN HAT SICH AN DER PRAXIS IM PRAKTIKUM PRAKTISCH NICHTS VERÄNDERT.

Die Empörung war groß als vor einigen Jahren die Diskussion um die Lebens- und Arbeitsbedingungen von PraktikantInnen durch die Talkshows ging. Unter dem Begriff der „Generation Praktikum“ konnte sich die Öffentlichkeit ein Bild davon machen, wie die globalisierte Arbeitswelt für viele junge Menschen aussieht. Es zeigte sich, was der Trend zum fünften oder sechsten Praktikum den BerufseinsteigerInnen abverlangt: bedingungslose Flexibilität, maximale Belastbarkeit bei maximaler Zukunftsunsicherheit, vor allem aber Genügsamkeit in Sachen Vergütung. Groß war die Empörung über schlechten Chancen einer ganzen Generation, groß auch die Versprechen der Politik, diese Zustände in den Griff bekommen zu wollen. Inzwischen, da sich die Aufmerksamkeit anderen Themen zugewandt hat, ist die Bilanz der umgesetzten politischen Versprechen mehr als ernüchternd. Die Generation Praktikum geht in die nächste Generation.

Nach einer Studie des Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) aus dem Jahr 2008 gilt: Je jünger die Personen sind, desto häufiger stand – in der Regel am Anfang der Erwerbstätigkeit – ein Praktikum nach bereits erfolgreich absolvierter Ausbildung: JedeR vierte der heute 18 bis 24-Jährigen, jedeR fünfte der 25- bis 29-Jährigen und 17 Prozent der 30- bis 34-Jährigen haben Erfahrungen aus einem Praktikumsverhältnis nach der Schul- oder Studienzeit gesammelt. Praktika als Einstieg in das Arbeitsleben gehören für immer mehr junge Menschen zur Realität.

Insbesondere HochschulabsolventInnen (24 Prozent aller AbsolventInnen) versprechen sich von einem Anschlusspraktikum an ihr Studium den Berufseinstieg in ein Normalarbeitsverhältnis zu schaffen. Uns ist bewusst, dass AkademikerInnen im Vergleich zu anderen Berufsgruppen immer noch über überdurchschnittlich gute Arbeitsmarktchancen verfügen, doch steht fest, dass nicht alle HochschulabsolventInnen in gleicher Weise profitieren: insbesondere BerufsanfängerInnen haben oft große Schwierigkeiten, den Berufseinstieg zu schaffen. Deutlich muss dabei ebenfalls zwischen den einzelnen Fachbereichen unterschieden werden: bspw. haben Wirtschaftsinformatiker kaum oder nur selten Probleme den Berufseinstieg zu meistern, während Geistes- und SozialwissenschaftlerInnen vermehrt mit Problemen beim Berufseinstieg konfrontiert sind.

Der Weg in Arbeit führt für viele BerufseinsteigerInnen nach wie vor über meist mehrere Praktika. Grund genug für uns Jusos, das Thema nicht ruhen zu lassen und unsere Forderungen nach einer Regulierung der Praktikumsbedingungen zu erneuern. Unser Ziel ist, Praktika zu einem Teil der Ausbildung zu machen, der junge Menschen in ihrer beruflichen Qualifikation weiterbringt ohne sie dabei systematisch als billige – meist sogar unbezahlte Arbeitskräfte auszubeuten oder sie gar finanziell zu belasten.

DAS PRAKTIKUM IST EIN LEHRVERHÄLTNIS

Unter einem Praktikum versteht man allgemein eine vorübergehende oder befristete praktische Tätigkeit z.B. von Studierenden oder SchülerInnen bzw. SchulabgängerInnen in Betrieben, die zur Ausbildung oder Berufsfindung bzw. -orientierung gehört oder Voraussetzung für eine Ausbildung bzw. eines Studiums ist. Ein Praktikum ist also ein Teil der Ausbildung und hat mit regulärer Arbeit nichts zu tun.

Die Realität in den Betrieben sieht anders aus: Nach ihrer Arbeitssituation befragt gab der größte Teil der PraktikantInnen (80%) an, während ihres Praktikums mindestens die Hälfte ihrer Arbeitszeit als reguläre Arbeitskraft eingesetzt worden zu sein. Dies stellt einen eindeutigen Verstoß gegen die geltenden Regelungen für Praktika dar, nach denen PraktikantInnen, die wie die normalen

ArbeitnehmerInnen eingesetzt werden, der übliche Lohn zusteht. Ob das Arbeitsverhältnis nun Praktikum heißt oder anders benannt wird, spielt dann keine Rolle mehr. Dort wo reguläre Arbeit verrichtet wird, muss auch regulär bezahlt werden!

Für uns Jusos war immer klar, dass Praktika als Teil der Ausbildung grundsätzlich sinnvoll sind, denn sie können SchülerInnen und Studierenden ermöglichen, zu ihren theoretischen Qualifikationen erste Praxiserfahrungen in der Arbeitswelt zu sammeln, die nicht in der Schule oder im Hörsaal vermittelt werden können. Außerdem können berufliche Kontakte geknüpft werden oder auch verschiedene Berufsfelder kennengelernt werden, in denen man sich vorstellen könnte, später zu arbeiten. Jedoch darf bei einem Praktikum nicht in den Hintergrund treten, was sein Zweck ist. Das Lernen muss bei einem Praktikum immer klar im Vordergrund stehen, es muss eindeutig als Lehrverhältnis von einem Arbeitsverhältnis abgegrenzt sein. Um Missbrauch zu verhindern brauchen Praktika bestimmte Standards, die es einzuhalten gilt! Da die bisher bestehenden Regelungen nicht greifen, Missbrauch weit verbreitet ist, brauchen wir neue Regeln für Praktika.

GENERATION AUSGEBEUTET

Nach der Studie des BMAS gab mehr als die Hälfte der Befragten an, während des Praktikums nicht entlohnt worden zu sein. Zwölf Prozent sagten aus, unangemessenes Entgelt erhalten zu haben, nur 37 % teilten mit, angemessen vergütet worden zu sein. Vor dem Hintergrund, dass es sich bei den befragten PraktikantInnen ausnahmslos um Personen handelt, die bereits eine abgeschlossene Berufsausbildung haben, vermutete das BMAS, dass die entsprechenden Unternehmen eher Interesse an einer unbezahlten Arbeitskraft hatten. Außerdem sei es angesichts der hohen Anzahl unbezahlter Praktika nicht überraschend, dass häufig andere Quellen zur Finanzierung des Lebensunterhalts hinzugezogen werden. 49 % der Absolventen von freiwilligen Praktika gaben an, während ihrer Praktikumszeit von anderen Personen finanziell unterstützt worden zu sein. Damit bedeuten Praktika nicht nur un- oder unterbezahlte Arbeit, sondern nicht selten auch erhebliche Mehrkosten, etwa für eine Wohnung und die Lebenshaltung am Praktikumsort.

GENERATION UNSICHERHEIT

Besonders bei Praktika nach der Ausbildung wird oft argumentiert, dass diese den Berufseinstieg erleichtern können. Jungen Menschen werden Hoffnungen auf ein normales Beschäftigungsverhältnis gemacht, die jedoch nicht der Realität entsprechen: Von allen jungen, qualifizierten Beschäftigten, die im Verlauf ihres beruflichen Einstiegs ein Praktikum absolviert haben, sind lediglich 22 % vom selben ArbeitgeberIn übernommen worden und nur 13 % fanden eine Anschluss-tätigkeit bei einem anderen ArbeitgeberIn. Dem Praktikum kann daher, entgegen der öffentlichen Diskussion, keine wichtige Brückenfunktion in ein stabiles Beschäftigungsverhältnis zugeschrieben werden. Stattdessen nutzten ArbeitgeberInnen die Lage der PraktikantInnen aus: Da die Aneinanderreihung mehrerer Praktika inzwischen bei vielen Unternehmen als Einstellungsbedingung gilt, bleibt BerufsanfängerInnen meist gar nicht erst die Wahl, schlechtbezahlte Praktika oder als solche getarnte reguläre Arbeitsverhältnisse abzulehnen.

UNSERE FORDERUNGEN

Um den Charakter der Praktikums als Teil der Ausbildung zu wahren, ist den PraktikantInnen während der gesamten Praktikumszeit einE BetreuerIn an die Seite zu stellen, der oder die für die Einhaltung des zuvor vereinbarten Praktikumsplanes verantwortlich ist. Für jedes Praktikum wird ein Praktikumsvertrag abgeschlossen, in dem insb. Dauer, Vergütung, Arbeitszeit, Urlaub, Kündigungsfristen, ein Ausbildungsplan sowie Ausbildungsziele verbindlich festgeschrieben werden. Nach dem Praktikum muss ein qualifiziertes Arbeitszeugnis ausgestellt werden.

Mit einer Begrenzung der maximalen Praktikumsdauer auf drei Monate ist gewährleistet, dass PraktikantInnen ausreichend Gelegenheit haben, Beruf und Betrieb kennenzulernen, gleichzeitig aber auch Missbrauch unterbunden wird.

... FÜR PFLICHT-PRAKTIKA WÄHREND DER AUSBILDUNG

Praktika vor, während und nach einer wissenschaftlichen Ausbildung, die in der Studienordnung vorgeschrieben sind, müssen der Studienzeit angerechnet werden und damit eine Förderung laut BAföG ermöglichen. Mit der Einführung eines elternunabhängigen BAföG wäre gewährleistet, dass während der ausbildungsrelevanten Praktika das Auskommen der PraktikantInnen gesichert ist.

Die Höhe des elternunabhängigen BAföG berechnet sich aus der Sozialerhebung der Studentenwerke, die eine selbstständige Finanzierung der Auszubildenden als Ziel haben. Diese Sozialerhebung erfolgt im zweijährigen Turnus. So ist sichergestellt, dass auch sich verändernde Lebenshaltungskosten in der Höhe des BAföG-Satzes Wiederhall finden.

... FREIWILLIGE PRAKTIKA WÄHREND DER AUSBILDUNG

PraktikantInnen, die während ihrer Ausbildung ein nicht verpflichtendes Praktikum absolvieren erhalten eine Mindestvergütung, die an das elternunabhängige BAföG angelehnt ist. So wird gewährleistet, dass sie sich auch während des Praktikums ausreichend und selbstständig finanzieren können.

Abweichungen bei der Vergütung können dann erfolgen, wenn ein vierwöchiges „Schnupperpraktikum“ absolviert wird. Jedoch darf dann die Grenze von 300 Euro monatlich nicht unterschritten werden.

Zudem ist auch bei freiwilligen Praktika die Betreuung durch eineN AnsprechpartnerIn für die gesamte Dauer des Praktikums zu gewährleisten. Auch die vertragliche Regulierung entspricht der für die verpflichtenden Praktika. Dabei richten sich Urlaub, Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, Arbeitszeit etc. nach den Regelungen für die im regulär im Betrieb beschäftigten ArbeitnehmerInnen.

Die Einrichtung von Praktikumsstellen muss vom Betriebsrat bzw. Personalrat genehmigt werden.

... FÜR PRAKTIKA NACH EINER BERUFSAUSBILDUNG

Praktika nach einer Berufsausbildung müssen die Ausnahme sein, denn junge Menschen mit erfolgreichem Abschluss einer Ausbildung sind berufsqualifiziert und nicht praktikumsqualifiziert. Praktika nach einer Berufsausbildung müssen besonders geregelt werden, um Missbrauch zu verhindern.

Auch für Praktika nach der Berufsausbildung muss vertraglich festgehalten werden, wie der Ausbildungsplan aussieht.

PraktikantInnen, die über eine abgeschlossene Berufsausbildung verfügen, müssen für die Dauer ihres Praktikums so entlohnt werden, dass sie ihren Lebensunterhalt aus ihrer Tätigkeit bestreiten können. Deshalb fordern wir für PraktikantInnen, die nach ihrer Berufsausbildung ein Praktikum absolvieren wollen, eine Mindestvergütung von 8,50 Euro pro Stunde.

...FÜR SONSTIGE PROGRAMME NACH EINER BERUFSAUSBILDUNG

Neben Praktika bestehen auch in anders benannten Arbeits- und Ausbildungsverhältnissen, die direkt an die Berufsausbildung anschließen, ähnliche Probleme. Auch Traineeships, Hospitanzen oder Volontariate entpuppen sich häufig als reguläre aber schlecht- oder gar unbezahlte Arbeit. Für diese Programme fordern wir ebenfalls eine Regulierung der Vergütung. Mit einem Mindestlohn von 8,50 Euro auch für diese Berufseinstiegsprogramme wird nicht nur den jungen BerufseinsteigerInnen ein angemessenes Auskommen zugesichert. Auch verhindert dieser Mindestlohn eine bloße Umbenennung der strenger regulierten Praktikumsverhältnisse bei gleichbleibend schlechten Arbeitsbedingungen.

Wir erwarten, dass die SPD ihre Gliederungen, Fraktionen und Abgeordneten Praktikantinnen nur nach den oben genannten Regeln beschäftigt. Der Parteivorstand gibt hierfür einen verbindlichen Leitfaden heraus. Damit die Regulierung der Bedingungen, zu denen Praktika angeboten werden, nicht dazu führt, dass die Zahl der Praktikumsstellen drastisch sinkt, ist vom Parteivorstand eine Quote für die Zahl der PraktikantInnen in den Einrichtungen der SPD festzulegen.

Die NRW Jusos fordern den Landtag und die Landesregierung in NRW auf, einen entsprechenden Gesetzesentwurf zusammen mit den NRW Jusos, den Gewerkschaftsjugendlichen und VertreterInnen der Studierendenschaft auszuarbeiten und im Bundesrat als Gesetzesinitiative einzubringen.

S 6

ZEITARBEIT GERECHTER ENTLOHNEN – RISIKOZUSCHLAG FÜR ZEITARBEIT

Die Zeitarbeit in Deutschland muss fairer gestaltet werden. Neben der gewerkschaftlichen Forderung nach gleicher Bezahlung von Stammbeschäftigten und Zeitarbeitnehmern, muss das erhöhte Risiko von Zeitarbeitsbeschäftigten neben ortsüblichen Löhnen der Stammebelegschaft durch eine zusätzliche Arbeitnehmerzulage in Höhe von mindestens 10 Prozent des branchenüblichen Tariflohns ausgeglichen werden. Damit wird sichergestellt, dass eine weitere Aufweichung der Entlohnung und der Arbeitnehmerrechte durch die Zeitarbeit, die letztlich zu Lasten aller Beschäftigten geht, aufgehalten wird.

Wir Jusos fordern die Streichung der tarifvertraglichen Entlohnung im Leih- und Zeitarbeitsgesetz um dem Grundsatzes ‚Equal Pay‘ uneingeschränkte Geltung zu verschaffen und Dumpinglöhne durch Haustarifverträge zu beseitigen.

S 7

EHEGATTENSPLITTING ABSCHAFFEN, EHEN UND EINGETRAGENE LEBENSPARTNERSCHAFTEN GERECHT BESTEUERN

a.) Das Ehegattensplitting als Besteuerungsmethode für Ehepartner muss umgehend abgeschafft werden. Stattdessen fordern wir die Einführung einer Individualbesteuerung eines jeden Partners mit einem zweiten übertragbaren Grundfreibetrag. Diese ist auch auf Lebenspartnerschaften auszuweiten.

b.) Jedem Partner steht ein Grundfreibetrag zu, unabhängig davon, ob er ausgeschöpft wird oder nicht. Sofern dies nicht der Fall ist, kann der nicht ausgeschöpfte Teil des Freibetrags komplett auf den anderen Ehepartner übertragen werden. Gerade Familien mit geringem und mittlerem Einkommen, die bisher vom Ehegattensplitting profitierten, dürfen jedoch finanziell nicht schlechter gestellt werden. Deshalb müssen begleitend die Eckwerte der ersten beiden Progressionszonen leicht abgesenkt, sowie der Grundfreibetrag erhöht werden.

c.) Um eine Besserstellung von geschiedenen Ehepartnern zu verhindern, muss der maximal abziehbare Betrag für Unterhaltsleistungen auf die Höhe des Grundfreibetrags begrenzt werden.

S 11

SOLIDARITÄT MIT DER GEWERKSCHAFTSJUGEND

Die Jugendverbände der acht Mitgliedsgewerkschaften GdP, GEW, IG BAU, IG BCE, IG Metall, NGG, transnet und ver.di haben auf ihrem 18. DGB-Bundesjugendkonferenz vom 19. bis 21. November 2009 die s.g. „Göttinger Erklärung“ beschlossen.

Die NRW Jusos schließen sich solidarisch dieser Erklärung vorbehaltlos an und unterzeichnen sie.

WEITERE ANTRÄGE

W 1 Neue Struktur für den ÖPNV in NRW	71
W 2 Klassenloses Bahnfahren	73
W 3 Prävention statt Führungszeugnisse	74

W 1

NEUE STRUKTUR FÜR DEN ÖPNV IN NRW

Die Jusos NRW setzten sich für ein neues Nahverkehrskonzept in Nordrhein-Westfalen ein. Dabei plädieren wir für eine inhaltliche Diskussion, die die Ziele des Öffentlichen Personennahverkehrs in den Vordergrund stellt und erst danach die Strukturen definiert.

ZIELE

Unser Ziel ist, Mobilität für alle Menschen möglich zu machen. Dies bedeutet, den Personennahverkehr den Bedürfnissen der Menschen anzupassen. Ein breiter gefächertes Angebot an Abonnement-Karten für bestimmte Zielgruppen (zum Beispiel Pendler_innen, Studierende, Jugendliche, Senior_innen und Personen, die in ihrer Freizeit Kultur, Sport und anderes in NRW erleben möchten) muss auch aus diesem Grund bereitgestellt werden. Dabei dürfen die Grenzen der Verkehrsverbünde keine Rolle spielen. Auch aus diesem Grund halten wir an der Forderung, ein NRW-Ticket für junge Leute äquivalent zum NRW-Ticket, das an vielen Universitäten angeboten wird, einzuführen, fest.

Der Kartenverkauf für Bus und Bahn muss unbürokratischer vollzogen werden. Dies bedeutet, dass der Kauf von Tickets, die über einen Verkehrsverbund hinaus gelten sollen, auch an herkömmlichen DB-Automaten ohne Probleme möglich sein soll.

Der Ausbau des Öffentlichen Personennahverkehrs hat für uns eine hohe Priorität. Deswegen müssen Nahverkehrsprojekte, die von der ehemaligen CDU/FDP-geführten Landesregierung zu Gunsten von Autobahnbauprojekten ausgesetzt wurden, wieder angegangen werden.

Unser Anliegen, den ÖPNV zu stärken, hat drei Gründe.

1.: Wir sind uns unserer ökologischen Verantwortung bewusst. Deswegen müssen alle Möglichkeiten genutzt werden, den Individualverkehr auf Bus und Bahn umzuleiten.

2.: Mobilität ermöglicht die Teilhabe am kulturellen und gesellschaftlichen Leben. Ob es Sport-, Kultur- oder sonstige Veranstaltungen sind: Sie sollen für möglichst alle Menschen günstig zu erreichen sein.

3.: Mobilität ermöglicht auch das Kennenlernen anderer Orte und Mentalitäten. Die Erfahrungen, die durch das an vielen Universitäten eingeführte NRW-Ticket gemacht wurden, zeigen, dass durch die „Öffnung der Grenzen“ der jeweiligen Verbundtickets auch häufiger Fahrten in andere Regionen von Studierenden vorgenommen wurden.

STRUKTUREN

Teile der SPD fordern die Zentralisierung der Nahverkehrsplanung. Zur Diskussion steht, dass das Land und die Deutsche Bahn AG mehr Rechte erhielten. Dies käme zumindest einer Entmachtung der bestehenden Verkehrsverbünde nahe. Wir sehen die Notwendigkeit einer stärkeren zentralen Planung, lehnen eine Zentralisierung der Kompetenzen zugunsten eines Konzerns ab. Dies würde die demokratische Mitbestimmung, die bislang in den kommunalen Zweckverbänden ermöglicht wird, schwächen. Deswegen fordern wir, dass jede Abgabe von Kompetenzen der einzelnen Verkehrsverbünde zu einer stärkeren Mitbestimmung kommunaler Funktionsträger auf Landesebene führt.

Eine Zentralisierung der Kompetenzen ist gerade auf der Ebene der Festlegung von Fahrpreisen notwendig. Die Tarifgebiete, die heute in NRW bestehen, sind nicht zueinander kompatibel. Wer mit Bus und Bahn in die nächste Großstadt des jeweiligen Tarifgebietes fahren möchte, muss teilweise durch ein anderes Tarifgebiet fahren um diesen Ort zu erreichen. Dies ist mit unnötigen Mehrkosten verbunden. Gerade strukturschwache Regionen leiden unter der Tarifhoheit der

Verkehrsverbände, gerade wenn einzelne Städte im Grenzbereich zum nächsten Zweckverband liegen. So liegt der Fahrpreis für eine Fahrkarte von Altena nach Dortmund höher als von Wuppertal nach Dortmund, obwohl die Stadt Altena deutlich näher an Dortmund liegt.

Um ein Ticketangebot, das NRW-weit gültig ist, möglichst unbürokratisch und attraktiv anbieten zu können, ist eine zentrale Festlegung von Ticketpreisen und Tarifzonen notwendig. Dies könnte ein Gremium, das sich aus Vertreter_innen aller Verkehrsverbände zusammensetzt, bestimmen. So wäre die Beteiligung der örtlichen Verantwortungsträger_innen garantiert und die Nahverkehrsplanung würde ohne einen Verlust an demokratischer Mitbestimmung geschehen. Im Kompetenzbereich der einzelnen Verkehrsverbände bliebe die Bestellung von Beförderungsleistung.

W 2

KLASSENLOSES BAHNFAHREN

Die NRW Jusos setzen sich für die Abschaffung der 1. Klasse in allen Regionalverkehrszügen ein.

Die Preise für die eine verbliebene Klasse dürfen nicht anschließend nicht über das Niveau der bisherigen 2. Klasse hinausgehen

W 3

PRÄVENTION STATT FÜHRUNGSZEUGNISSE

Wir Jusos lehnen eine Pflicht zur Abgabe von Führungszeugnissen Ehrenamtlicher in der Kinder- und Jugendarbeit ab.

Zum Schutz vor Kindesmissbrauch in der Kinder- und Jugendarbeit setzen wir auf Sensibilisierung, Aufklärung und Qualifizierung. Das Thema sexualisierte Gewalt darf nicht tabuisiert werden, sondern muss eine Rolle in der Ausbildung von GruppenleiterInnen spielen. Für den Krisenfall bei Bekanntwerden von Übergriffen im Jugendverband bzw. bei Verdacht oder Hinweis auf solche muss ein professionelles und geeignetes Vorgehen festgelegt und bekannt sein. Dazu sind Krisenleitfäden und ggf. entsprechend geschulte AnsprechpartnerInnen im Jugendverband nötig.

